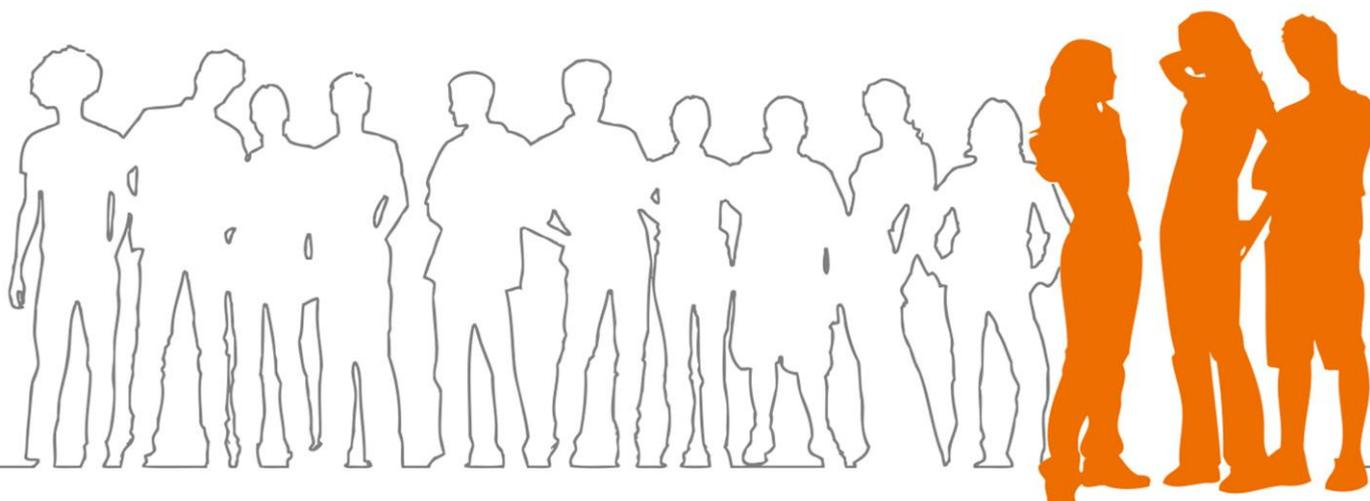


INKLUSION, INTEGRATION, DIVERSITY

DOKUMENTATION DER FACHTAGUNG DER BAG EJSA IM RAHMEN DES
KOOPERATIONSVERBUNDES JUGENDSOZIALARBEIT AM 2. UND 3.
DEZEMBER 2013 IN BERLIN



VORWORT

Viel war im letzten Jahr vom „Zauberwort Inklusion“ die Rede. Was einen weit verstandenen Inklusionsbegriff auch für die Jugendsozialarbeit so attraktiv macht, ist möglicherweise die Verbindung von sozialer Utopie mit der konkreten Frage nach Ausschlussmechanismen: Wer ist willkommen? Wer ist eigentlich draußen? Wer hat Zugang? Wer ist angesprochen? Visionärer Rückenwind und kritischer Reflexionsrahmen – beides wird gebraucht in der Jugendsozialarbeit.

Gerade mit Blick auf die Arbeit mit jungen Migranten/-innen ist Inklusion anschlussfähig an vieles, was in den letzten Jahren unter den Schlagworten „Interkulturelle Öffnung“, „Diversity“, „Antidiskriminierung“ erarbeitet, aber längst nicht überall durchgesetzt wurde. Und gleichwohl tun sich Spannungsfelder auf: Wie verträgt sich ein Konzept, das erzwungene Sonderbehandlung beenden will, mit den nach Zielgruppen segmentierten Angeboten der Jugendsozialarbeit?

Die Fachtagung „Inklusion, Integration, Diversity“ untersuchte – ausgehend vom Blickwinkel der Migrationsdiskurse –, was ein erweiterter Inklusionsbegriff für die Arbeitsfelder der Jugendsozialarbeit bedeutet, wo er an bewährte Konzepte anknüpft und wo er zu veränderten Haltungen und Schwerpunktsetzungen einlädt.

Die Auftakt-Diskussion mit Vertretern/-innen der Migranten/-inneninitiative Deukische Generation e. V., des Projektes Junge Islamkonferenz, der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft sowie des Deutschen Instituts für Menschenrechte verdeutlichte die Breite der in diesem Zusammenhang relevanten Fragen und Entwicklungen der letzten Jahre: von der Ausländerpädagogik hin zur selbstverständlichen Zugehörigkeit (mit allen Implikationen von Teilhabe, Geltungsanspruch und Verantwortungsübernahme) bis hin zur menschenrechtlichen Fundierung eines breit verstandenen Inklusionsbegriffs und zur praktischen Umsetzung eines inklusiven Gemeinwesens auf kommunaler Ebene.

Die Weiterentwicklung des Diskriminierungsverbotes hin zu einem Recht auf umfassende und vor allem selbstbestimmte gesellschaftliche Teilhabe wurde zwar – so lernten wir – in der Behindertenrechtskonvention zum ersten Mal formuliert, sie strahlt aber aus auf alle Menschenrechte und hat somit Auswirkungen für alle Menschen.

Im Einführungsvortrag grenzte Tina Alicke die Begriffe „Integration“, „Diversity“ und „Inklusion“ geschichtlich und inhaltlich voneinander ab – und zeigte am Beispiel Schule, wie eine inklusionsorientierte Entwicklung aussehen kann.



Sowohl mit Blick auf diskriminierungssensible Arbeitsansätze als auch auf den vielleicht wirkmächtigsten gesellschaftlichen Ausschlussfaktor Armut gibt Inklusion Rückenwind und bietet einen geeigneten Reflexionsrahmen für bewährte Konzepte, wie in den Workshops des ersten Tages „Intersektionalität“ „Anti-Bias“ und „Armutsbekämpfung als Inklusionsstrategie“ deutlich wurde.

Demgegenüber waren die Workshops des zweiten Tages eher den Spannungsfeldern gewidmet: Brauchen wir breit gefächerte Unterstützungsstrukturen im sogenannten Übergangssystem und/oder ein viel inklusiveres Berufsbildungssystem? Wollen und sollen junge Menschen, die in Deutschland geboren sind, als „Migranten/-innen“ angesprochen und in besonderen Einrichtungen gefördert werden? Produzieren nicht Sonderstrukturen qua Systemlogik die Aussonderung von Menschen, teils unabhängig von deren jeweiligen Bedürfnissen? Der Workshop zu sozialer Arbeit an Schulen musste krankheitsbedingt leider ausfallen.

Ihren Abschluss fand die Tagung in einer zusammenfassenden Gesprächsrunde mit den Workshop-Leitern/-innen des zweiten Tages sowie der Integrationsbeauftragten des Berliner Bezirkes Tempelhof. Dabei wurde deutlich, dass notwendige und interessante Entwicklungen gerade oft nicht im großen Entweder – Oder, sondern im Ausbalancieren der Spannung zwischen inklusivem Anspruch und dem Eingehen auf besondere Bedürfnisse liegt. Und dass dennoch Bereitschaft zu radikaler Selbstreflektion, multiprofessioneller Kooperation und Transparenz gefragt sind, wenn wir nicht selbst beteiligt sein wollen an den Zuschreibungs- und Ausgrenzungsmechanismen der Gesellschaft.

Allen Teilnehmern/-innen und Referenten/-innen sei an dieser Stelle herzlich gedankt!

Noch ein Hinweis: In der Reihe „Beiträge zur Jugendsozialarbeit“ ist nun auch die dritte Ausgabe erschienen mit dem Titel „Inklusion – Integration – Diversity. Wie kann die Jugendsozialarbeit Vielfalt fördern und Diskriminierung entgegenreten?“

Die Broschüre steht unter

www.jugendsozialarbeit.de/beitraege_jugendsozialarbeit zum Download bereit!

Anna Traub

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA)



PROGRAMM

Fachtagung „Inklusion, Integration, Diversity“

2. und 3. Dezember 2013



2. Dezember 2013



13:00 Uhr Anmeldung und Imbiss

13:30 Uhr Begrüßung

13:45 Uhr „Alle, die hier sind“ – Gespräch mit
Lamia Özal, DeuKische Generation e. V., Seyran Bostanci und Dilek Ikiz, Junge Islam Konferenz, Mareike Niendorf, Deutsches Institut für Menschenrechte, Thomas Werner, Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft



14:45 Uhr „Inklusion – Integration – Diversity“
Tina Alicke, ISS Frankfurt



15:30 Uhr Kaffee

16:00 Uhr Konzepte sozialer Arbeit, die Inklusion „weiterträgt“, und der Mehrwert dabei – Workshops

Workshop 1: Sozialraumorientierung und Armutsprävention als Inklusionsstrategien
Gerda Holz, ISS Frankfurt

Workshop 2: Anti-Bias/Diversity
Dr. Oliver Trisch, DRK Generalsekretariat

Workshop 3: Mehrfachdiskriminierung und Intersektionalität
Toan Nguyen, Bildungswerkstatt Migration und Gesellschaft



18:00 Uhr Abendimbiss



KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

3. Dezember 2013

- 9:00 Uhr Einstimmung
Johannes Brandstätter, Diakonie Deutschland
- 9:15 Uhr Der kommunale Index für Inklusion
Thomas Werner, Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft
- 10:00 Uhr Inklusion als Maßstab und Gestaltungsprinzip der
Arbeitsfelder der Jugendsozialarbeit – Workshops
- Workshop 1: Jugendhilfe an Schulen als Motor für Inklusion
Tim Rietzke, Diakonie RWL
- Workshop 2: Jugendmigrationsdienste zwischen
Sozialraumorientierung und Besonderung
Andrea Foitzik, JMD Reutlingen
- Workshop 3: Jugendberufshilfe: Weg von der besonderen
Benachteiligtenförderung – hin zum inklusiven
Berufsbildungssystem?
Dr. Ursula Bylinski, BIBB
*Moderation: Ulrike Hestermann, Internationaler
Bund*
- 12:00 Uhr Abschlussdiskussion mit den Workshopleitern/-innen und
Gabriele Gün-Tank, Integrationsbeauftragte des Bezirks
Tempelhof-Schöneberg, Berlin
- 13:00 Uhr Imbiss und Ende der Veranstaltung



Ansprechpartnerin: Anna Traub, BAG EJSA, traub@bagejsa.de

Förderhinweis:



Die Tagung wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.





**BAGEJSA – Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
Fachtagung „Inklusion, Integration, Diversity“**

Integration – Diversity – Inklusion

Tina Alicke

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS)

www.iss-ffm.de; tina.alicke@iss-ffm.de

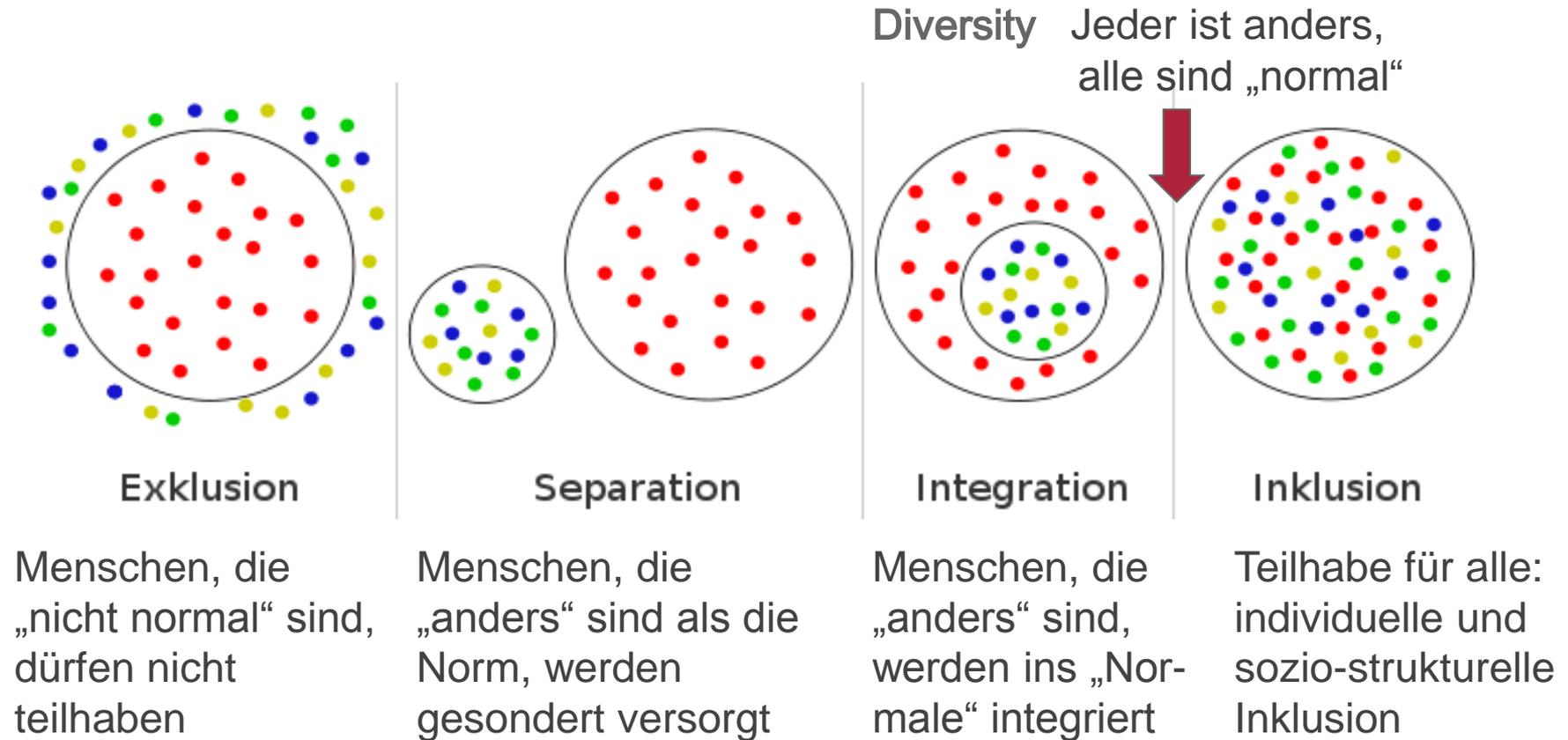
Berlin, 2.12.2013

Integration – Diversity – Inklusion ...

Gemeinsamkeiten der Konzepte

- **Normative und Handlungsdimension**
 - Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt: Wie sehen wir Vielfalt? Was machen wir damit?
- **Zieldimensionen**
 - Abbau von Exklusion und Separation
 - Eröffnung von gleichberechtigten Zugängen und Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe

Von der Exklusion zur Inklusion



Soziale Ungleichheit  **Soziale Gerechtigkeit**

Integration

„process of becoming an accepted part of society“ (Penninx)

■ Grundannahme

Es gibt “Integrierte” und “zu Integrierende” - d.h. der “Andere” muss sich in das “Normale” eingliedern.

■ Fragen

- Was muss Gesellschaft tun?
- Was müssen die “zu Integrierenden” leisten?

■ Kritik

- Was ist “normal”? Wer ist “zugehörig”?
- Was ist mit der Vielfalt innerhalb von “Zielgruppen”?

Diversity

Vielfalt ist eine positive Ressource von Gesellschaft.

■ Grundannahmen

- Jeder ist anders, Vielfalt ist normal.
- Abkehr von Minderheiten- und Zielgruppenorientierung

■ Fragen

- Wie kann Vielfalt als Ressource genutzt werden?
- Wie kann Chancengleichheit und Antidiskriminierung hergestellt werden?

■ Kritik

- Nutzenorientierung, Orientierung an “Verwertbarkeit”

Diversity: Vielfalt als Leitwert

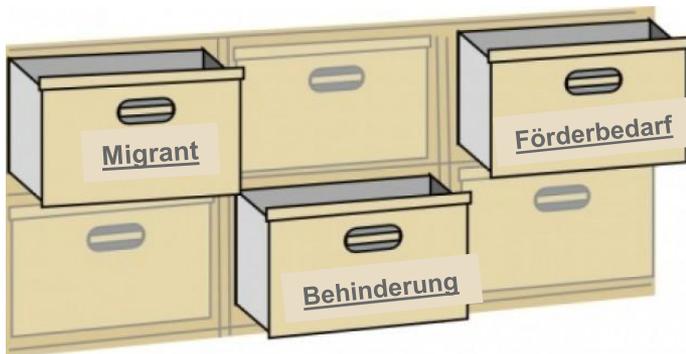
Normorientierung

- Kategorien
- Leistungsgruppen
- Zielgruppen



„Jeder ist anders!“

- Merkmale
- Fähigkeiten
- Interessen
- Rollen
- Netzwerke
- Erfahrungen
- Lebenslagen
- Bedürfnisse



Inklusion

Inklusion ist der Prozess, Teilhabe für alle zu ermöglichen.

■ Grundannahmen

- Jeder ist anders, jeder ist wertvoll.
- Das RECHT auf Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen umzusetzen, ist PFLICHT des Staates.

■ Fragen

- Was bedeutet Inklusion?
- Wie kann Inklusion umgesetzt werden?

■ Kritik/Bedenken

- Gesellschaftlicher Aushandlungsprozess
- Rahmenbedingungen und Strukturen

Was ist Inklusion?: Verständnisebenen

Enges Verständnis

„Menschen mit Behinderungen“

Erweitertes Verständnis: **Vielfalt**

Inklusion gilt für alle Menschen, mit allen individuellen Voraussetzungen

Umfassendes Verständnis: **soziale Gerechtigkeit**

Teilhabe für alle: soziale Exklusion und Benachteiligung abbauen, soziale Inklusion fördern!

Aber: Inklusion ist unteilbares Menschenrecht!

Abbau von Exklusion und aller Barrieren ist politische Verantwortung!

Inklusion muss gesellschaftliches Leitprinzip werden!

Was bedeutet Inklusion für die Jugendsozialarbeit?

- **Herausforderungen für die Jugendsozialarbeit**
 - Überprüfung der Normen und Leitwerte
 - von Zielgruppen zu Bedürfnisgruppen
 - von der Einzelfallorientierung zur flexiblen Unterstützung
 - neue Rollen und Aufgaben
 - neue Aushandlungsprozesse
 - Ausbau der Zusammenarbeit und Kooperation

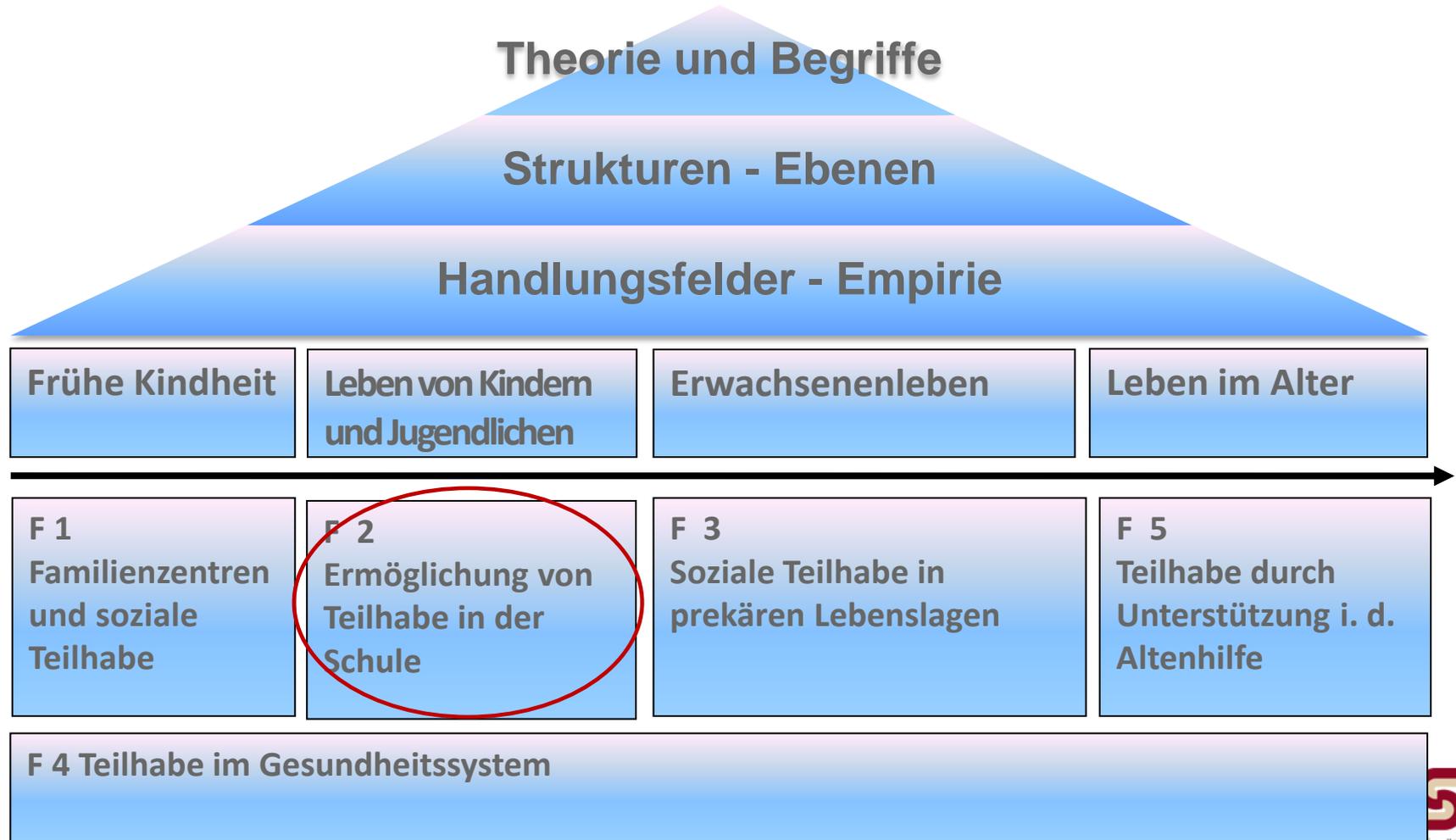
- **Gesellschaftliche Rahmenbedingungen**
 - Diskussion der Normen und Leitwerte
 - Überprüfung des rechtlichen Rahmens in den Handlungsfeldern
 - Klärung finanzieller Zuständigkeiten
 - Abbau sozioökonomischer Barrieren

Inklusion im Bildungsbereich

Ergebnisse des AWO-ISS-Projekts „Inklusive Gesellschaft – Teilhabe in Deutschland“

Kinder und Jugendliche: Teilhabe in der Schule

AWO-ISS-Kooperation: Struktur der Berichtsteile



Inklusion im Bildungsbereich

2009: Ratifizierung der UN-Konvention „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“

- **Pflicht**, Prinzip der Inklusion in deutsches Recht zu überführen

Art. 24 UN-BRK

- **Inklusives, hochwertiges Bildungssystem auf allen Ebenen**
 - **Ziele: Achtung der Grundrechte, Entfaltung der eigenen Möglichkeiten, Teilhabe, lebenspraktische Kompetenzen**
 - **Zugang gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft**
 - **Individuelle Unterstützung**
-
- **Recht** auf gemeinsame Beschulung für alle.
 - **Spielraum:** „... in einem Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet“ (2e; 3c)

Veränderungen in den Strukturen

- Normorientierung Schule
- Einzelfall und Zielgruppenorientierung Jugendhilfe
- Diskrepanzen der Systeme
- Rechtlicher Rahmen
- Finanzielle Zuständigkeiten
- sozioökonomische Barrieren

Ganzheitliche Ansätze: Inklusive Schule I - Kulturen

Vielfalt als Grundsatz	<ul style="list-style-type: none">➤ Jeder ist wertvoll➤ Ansatz bei individuellen Ausgangslagen
Schule für die Schüler/innen	<ul style="list-style-type: none">➤ Abbau von Leistungsdenken➤ nicht Systeme Schule / Jugendhilfe im Mittelpunkt, sondern Kinder und Jugendliche
Partnerschaftliche Kooperation	<ul style="list-style-type: none">➤ Sensibilisierung aller Beteiligten➤ gemeinsame Erarbeitung von Konzepten➤ gemeinsame Arbeitskreise, Gespräche, Projekttag

Was bedeutet das für die Schulsozialarbeit?

- von Zielgruppen zu Bedürfnisgruppen
- Information, Austausch, Transparenz
- Schulsozialarbeit als gleichberechtigte Partnerin in Schule

Ganzheitliche Ansätze: Inklusive Schule II - Strukturen

Ausbau Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none">➤ bauliche Veränderungen➤ Raumaufteilung, Räume schaffen
Veränderung von Lehrstrukturen und Schulalltag	<ul style="list-style-type: none">➤ flexible Lern- und Arbeitsgruppen➤ Freizeitgruppen nach Bedürfnissen➤ Lehr- und Freizeitteams
Individuelle Unterstützung	<ul style="list-style-type: none">➤ technische Unterstützung➤ Ansprache (z.B. Integrationshilfe)➤ für ALLE Schüler/innen

Was bedeutet das für die Schulsozialarbeit?

- Neue Rollen und Aufgaben der Schulsozialarbeit
- Bedürfnisorientierung statt Einzelfallorientierung
- Angebote individueller Unterstützung

Ganzheitliche Ansätze: Inklusive Schule III - Praktiken

Neue Formen der Kooperation	<ul style="list-style-type: none">➤ Abbau der Trennung zwischen Jugendhilfe und Schule➤ neue Vereinbarungen, Absprachen, verbindliche Strukturen
Vernetzung mit weiteren Akteuren	<ul style="list-style-type: none">➤ z.B. Gesundheitssystem, Heilpädagogik➤ Vernetzung mit Systemen Jugendhilfe und Schule, Eltern, Umfeld
Partizipation	<ul style="list-style-type: none">➤ Partizipationsräume und Selbstbestimmung➤ Eltern und Schüler/innen in Konzepte einbinden

Was bedeutet das für die Schulsozialarbeit?

- Neue Aushandlungsprozesse
- Starke Partnerin in der Vernetzung zum Lebensumfeld
- gleichberechtigte Zusammenarbeit mit allen Beteiligten

Gelingens- und Rahmenbedingungen

Schulische Ebene

- Kultur der Wertschätzung
- Kooperation und Selbstreflexion
- Erarbeitung neuer Konzepte

Systeme Jugendhilfe und Schule

- Reflexion der Aufgaben und Rollen von Schulsozialarbeit
- Kooperation der Systeme

Politik und Verwaltung

- Sozial- und Schulgesetzgebung
- Sicherung von Ressourcen
- Veränderung interner Strukturen

- Leitungsverantwortung
- Sensibilisierung und Engagement
- Aufbau neuer Strukturen

- Verantwortung der Träger
- Ausbildung Lehr- und Fachkräfte
- Partizipation

- Diskussion von Leitwerten
- Ausbau der Infrastruktur



Literatur

- Alicke, T. / Eichler, A. (2013): Kinder und Jugendliche: Teilhabe in der Schule. Ergebnisse des AWO-ISS-Kooperationsprojekts „Inklusive Gesellschaft – Teilhabe in Deutschland“. http://www.awo-informationsservice.org/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=uploads/media/abschlussbericht_Teilhabe_in_der_Schule.pdf&t=1390472772&hash=932e5c47a540fb756a2ec76a8546fd6368dd2a6c
- Alicke, T. / Linz-Dinchel, K. (2013): Inklusive Gesellschaft – Teilhabe in Deutschland: Grundlagen und theoretischer Hintergrund. Grundlagen des AWO-ISS-Kooperationsprojekts http://www.awo-informationsservice.org/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=uploads/media/Inklusive_Gesellschaft_Teilhabe_in_Deutschland_2012.pdf&t=1360758385&hash=1b5a1fc20e552c83673c8e96f57edb858653a214
- Alicke, T. (2012): „Schule vielfältig und inklusiv gestalten. Beiträge der Jugendsozialarbeit“. Expertise „Bildung vielfältig gestalten“ und Handreichung „Inklusive Schule“. Deutsches Rotes Kreuz Generalsekretariat (Hrsg.). Berlin. <http://www.jugendsozialarbeit.de/318,1>

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!





Sozialraumorientierung und Armutsprävention als Inklusionsstrategien auf kommunaler Ebene

Gerda Holz, Frankfurt a.M.



Schwerpunkte

- Sozialraumorientierung
 - Grundlegende Implikationen
- Armut – bei Kindern – in Deutschland
 - Zentrale Implikationen für eine Präventionsstrategie
- Armutsprävention – kindbezogen – vor Ort
 - Grundverständnis, Ebenen und Charakteristika
 - Präventionskette, Netzwerke und Umsetzungsstrategie
- Verbindungslinien zur aktuellen Inklusionsdebatte



Sozialraumorientierung

- Grundlegende Implikationen



Anspruch und Grundverständnis

„Sozialraumorientierte Arbeit zielt nicht auf die „Besserung“ von Menschen,

- auf die zielgerichtet Veränderung ihrer Lebensgewohnheiten
- oder erzieherische Interventionen bezüglich ihrer Kommunikationsstile,

sondern auf konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen der Wohnbevölkerung in einem Wohnquartier unter aktiver Beteiligung der betroffenen Menschen.“



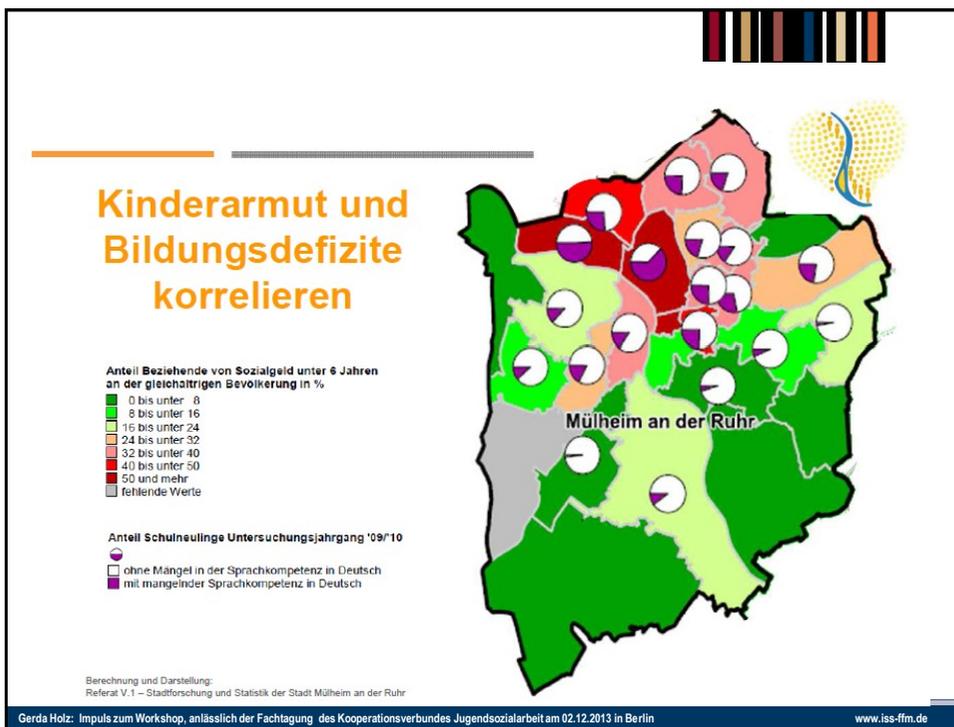
Anforderungen und Charakteristika

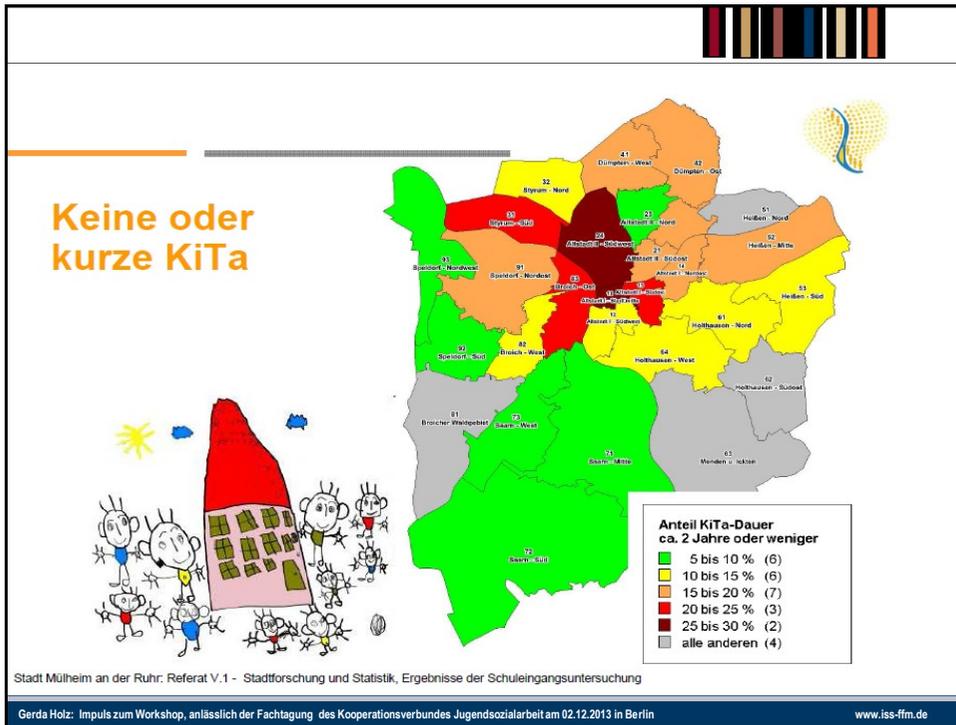
- Ausgangspunkt ist die **konkrete Lebenslage der Menschen** (subjektiv und objektiv)
- Sozialraumorientierte Soziale Arbeit ist ein "*hochgradig personenbezogenes*" Konzept mit gleichzeitig sozialökologischen und auf die Veränderung von Verhältnissen angelegten Zielen.
So erfolgt **die Integration von zwei Handlungsansätzen** Sozialer Arbeit.
- Sozialraumorientiertes Handeln als **Arbeitsprinzip der Soziale Arbeit**
 - Vom Fall zum Feld
 - Der Fall im Feld (Hinte 1999)
- Diese **Orientierung hat Folgen** für
 - die Organisation und
 - das methodische Vorgehen der Sozialen Arbeit.



Methodische Grundprinzipien

- Orientierung an den geäußerten Interessen der Wohnbevölkerung
- Unterstützung der Selbsthilfekräfte und Eigeninitiative
- Nutzung der Ressourcen des sozialen Raums sowie der beteiligten Akteure
- Zielgruppen- und bereichsübergreifende Orientierung:
Adressat ist der soziale Raum
- Kooperation und Koordination





Armut – bei Kindern – in Deutschland

- Zentrale Implikationen für eine Präventionsstrategie

Gerda Holz: Impuls zum Workshop, anlässlich der Fachtagung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit am 02.12.2013 in Berlin

www.iss-ffm.de



Definition – Mehrdimensionales Verständnis

Armut ist mehr als der Mangel an Geld.

Armut beraubt Menschen ihrer materiellen Unabhängigkeit und damit der Fähigkeit, über ihr „Schicksal“ und das ihrer Kinder selbst zu entscheiden.

Armut ist zunächst ein mehrdimensionales gesellschaftliches Phänomen/Problem und stellt zugleich eine individuelle Lebenssituation mit hoch belastenden Risiken dar.



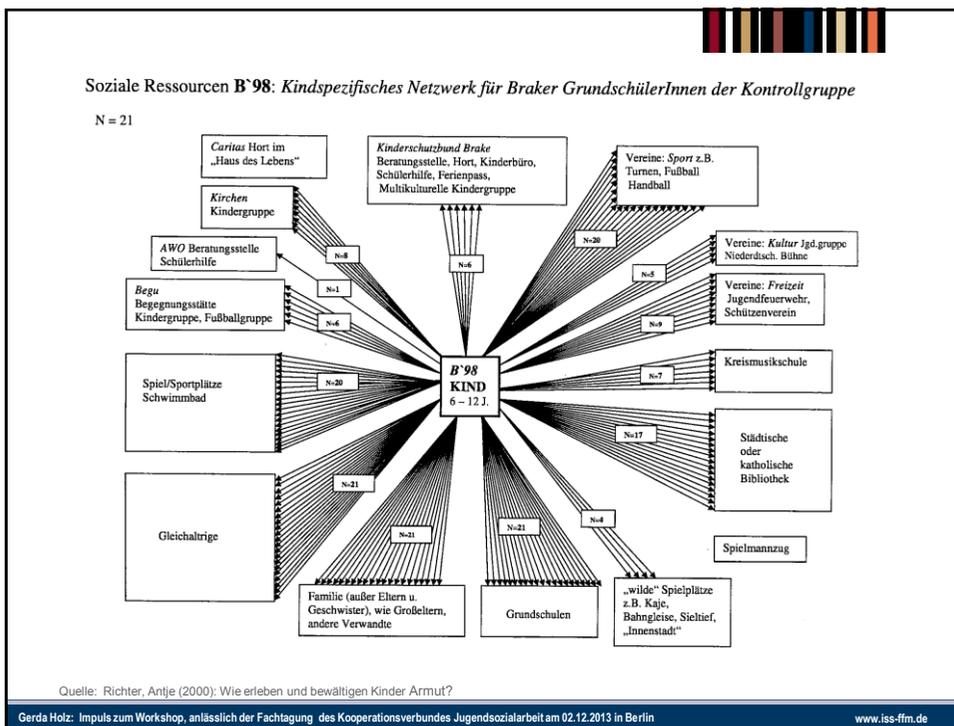
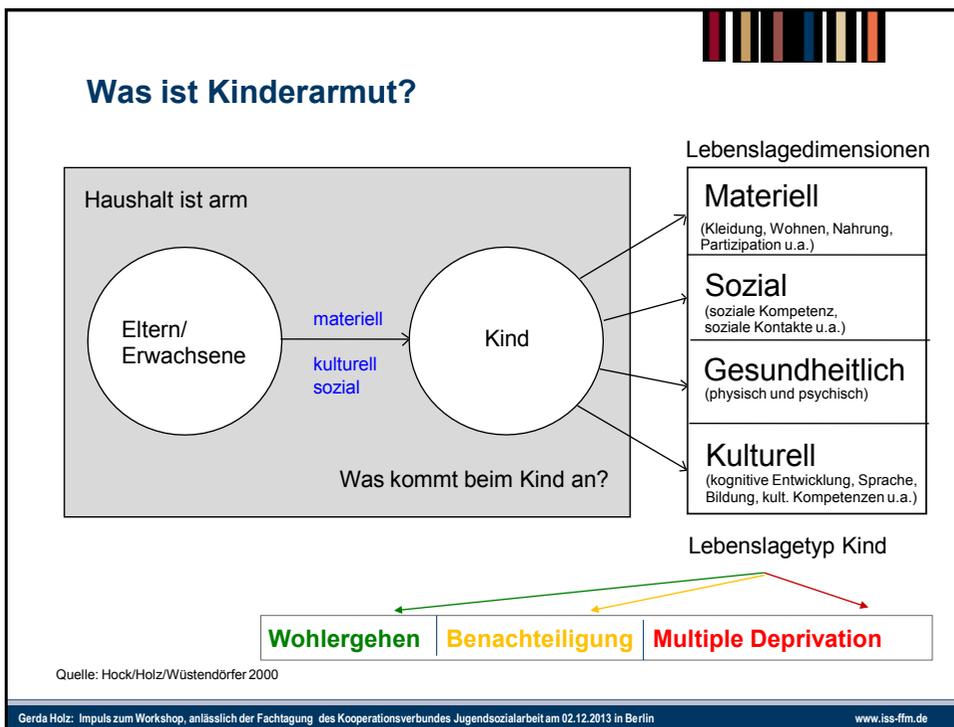
Definition – Mehrdimensionales Verständnis

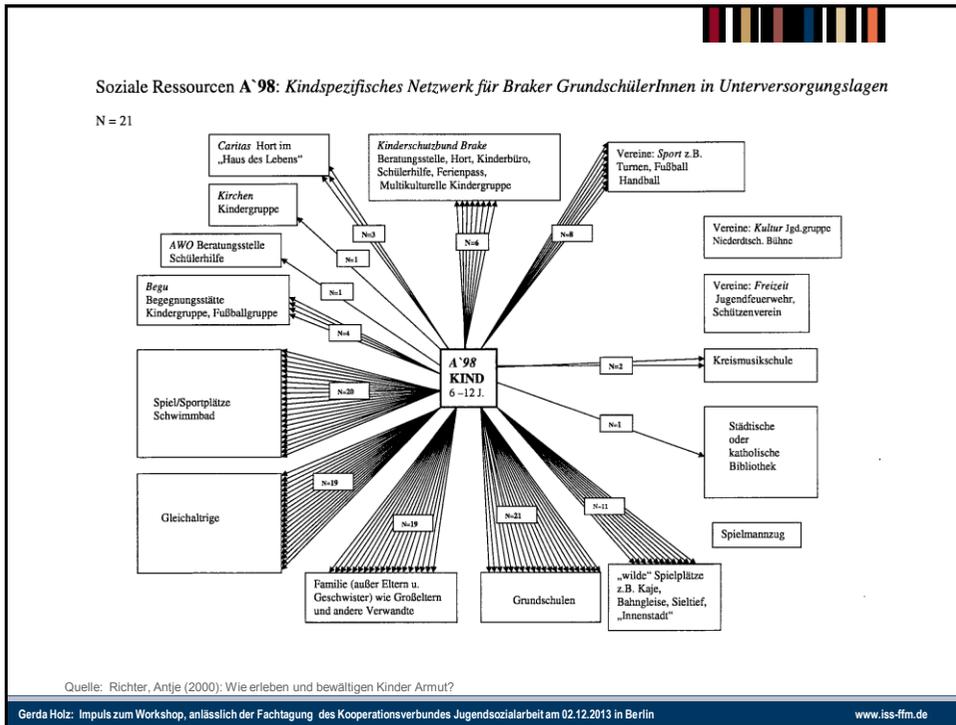
Armut ...

- ... ist immer zu erst **Einkommensarmut**
- ... eine **Lebenslage**, die die Gestaltungs-, Entscheidungs-, und Handlungsspielräume einschränkt
- ... führt zur **Unterversorgung** mit normalen Gütern und Leistungen
- ... führt zu **sozialer Ausgrenzung**
- ... hat ein spezifisches **Kindergesicht**

Arm ist in Deutschland wer ...

- ... weniger als **50%/60% des durchschnittlichen Nettoeinkommens** (nach Haushaltsgröße gewichtet) zur Verfügung hat (EU-Definition).
- ... wer **Anspruch auf Sozialhilfe/Sozialgeld** hat.





Armutsprävention – kindbezogen – vor Ort

- Grundverständnis, Ebenen und Charakteristika
- Präventionsketten, Netzwerke und Umsetzungsstrategie

Gerda Holz: Impuls zum Workshop, anlässlich der Fachtagung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit am 02.12.2013 in Berlin www.iss-ffm.de



Grundverständnis und die drei Grundbegriffe (1)

1. Prävention

- Maßnahmen zur Vermeidung/Verminderung eines nicht erwünschten Ereignisses oder einer unerwünschten Entwicklung
- Unterscheidung zwischen
 - primärer, sekundärer und tertiärer Prävention
 - Verhaltens- und Verhältnisprävention

2. Armutsprävention

- Hier geht es um die Frage, wie vorhandene materielle Ressourcen und Chancen in einer Gesellschaft verteilt sind und wie mittels „Wohlfahrt für alle“ eine wachsende Ungleichheit zwischen den sozialen Gruppen vermieden wird.
- Verwirklichung von Handlungsansätzen und konkreten Maßnahmen im
 - strukturellen Bereich (→ „Verhältnisprävention“)
 - individuellen Bereich (→ „Verhaltensprävention“)



Grundverständnis und die drei Grundbegriffe (2)

3. Kindbezogene Armutsprävention (1)

Ein Handlungsansatz, der kind-/jugendbezogen auf positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen für Kinder heute und morgen hinwirkt

- **Bezugspunkt:**
Familiäre Einkommensarmut
- **Leitorientierung:**
Sicherung/Gestaltung eines „Aufwachsens im Wohlergehen“
- **Hauptziele:**
 - Kind- bzw. jugendspezifische Armutsfolgen vermeiden/begrenzen
 - aber auch ursächliche Gründe auf Seiten des elterlichen/sozialen Umfeldes positiv gestalten helfen
- **Strategische Richtungen zum Handeln:**
 - (1) indirekt über Maßnahmen für das soziale Umfeld bzw. den Sozialraum
 - (2) indirekt über Maßnahmen für die Eltern und
 - (3) direkt für das Kind/den Jugendlichen



Grundverständnis und die drei Grundbegriffe (3)

3. Kindbezogene Armutsprävention (2)

- **Ansatzpunkte:**
 - Individuelle Förderung von Resilienz durch Stärkung personaler und sozialer Ressourcen (→ „Verhaltensprävention“)
 - Strukturelle Prävention durch Sicherung und Gestaltung kindgerechter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen (→ „Verhältnisprävention“)Beides steht in wechselseitigem Bezug zueinander und hat dennoch eigene Schwerpunkte.
- **Strukturformen:**
 - Lebensbiografisch ausgerichtete Präventionskette
 - Netzwerke zur Umsetzung
- **Handlungsform:**
 - Kooperation einer Vielzahl von Akteuren auf der jeweiligen Ebene und zwischen den Ebenen
- Wichtigste **Gestaltungsebene** ist die Kommune, aber auch Länder/Bund haben eigene Verantwortungsbereiche



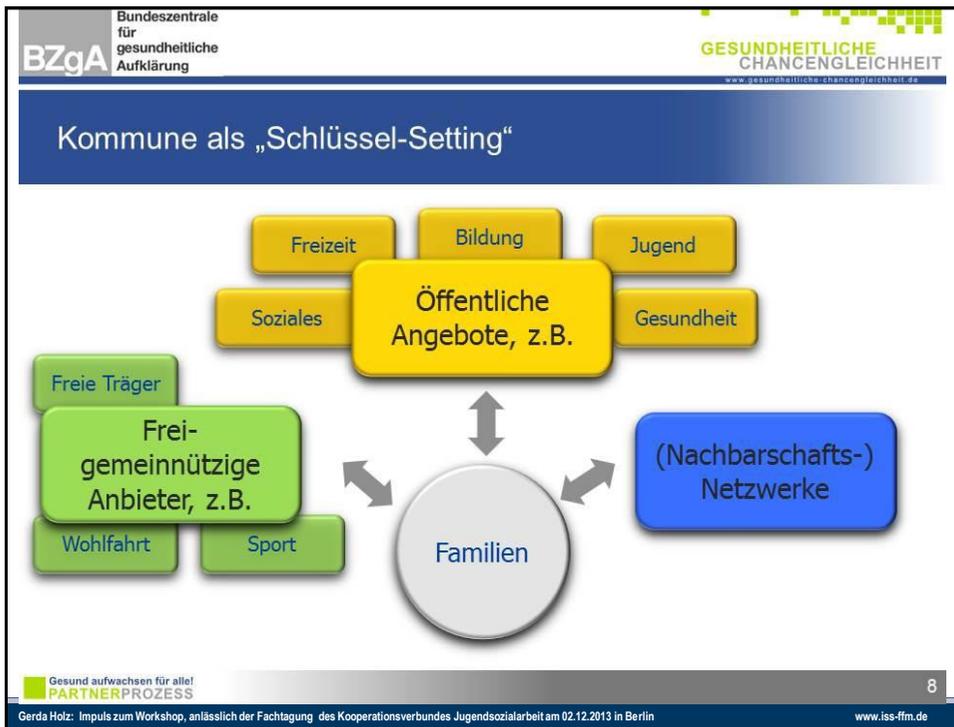
Zwei zentrale Handlungsansätze

Integrierter Gesamtansatz

- Der Fokus ist Kinderarmut
- Die gesamte Lebenslage der Kinder ist Gegenstand
- Einbindung von Öffentlichkeit
- Als gesamtstädtischer Prozess verstanden
- Basis: Ressort- und professionsübergreifendes Denken
- Aufbau von Netzwerken
- Komplexe Steuerung durch klare Federführung

Komplexe Teilansätze

- Fokus auf ein Handlungsfeld (z.B. Gesundheit, Frühe Hilfen, Bildung, Übergänge)
- Kinderarmut ein Teilaspekt
- Prozess bezieht sich meist auf das ausgewählte Thema/Feld
- Vertiefung von Strukturen und Einzelfragen im Teilbereich
- Oft Kooperation des federführenden Ressorts mit anderen
- Aufbau von Netzwerken im ausgewählten Handlungsfeld



Anforderungen und Charakteristika von struktureller Prävention für (armutsbetroffene) Kinder/Jugendliche

- **Alle Kinder** sind die Zielgruppe und **jedes einzelne Kind** wird gefördert
- Bezug zur **Lebenswelt** und zum **Lebensverlauf**, kindzentriert
- Begonnen wird zum **(jeweils) frühestmöglichen** Zeitpunkt
- Sicherung der **existenziellen** Lebens-/Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes werden gesichert
- Förderung von **Teilhabe, Integration, Bildung und Gesundheit**
- Förderung der **Potenziale und Ressourcen** des Kindes
- Stärkung durch Erlernen eines **problemlösenden Bewältigungshandelns**
- Angebote sind für jedes Kindes und seine Eltern **emotional zugänglich**

Präventionsketten auf kommunaler Ebene

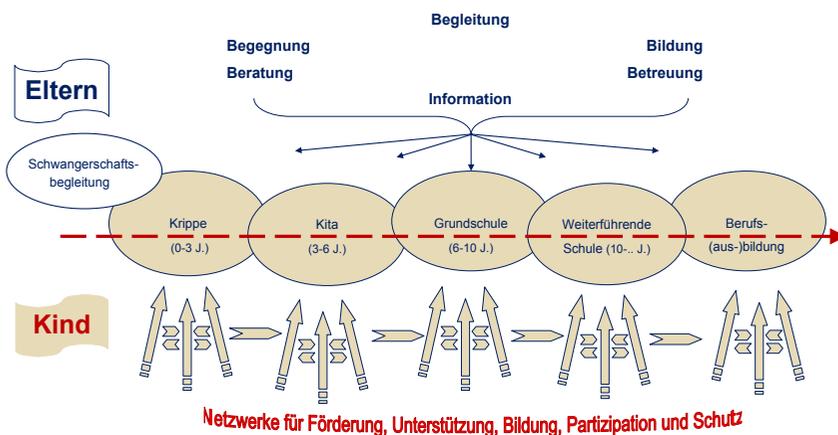
- **Ziel:** Umfassende Sicherung positiver Lebensbedingungen und Teilhabechancen durch niedrigschwellige Angebote / Leistungen
= Kinder und Eltern
- **Mittel:** Institutionsübergreifende Vernetzung öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Angebote und Leistungen
 - z.B. Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Bildung
 - Kultur und SportAber auch
 - Grundsicherung für Erwerbstätige (SGB II / SGB XII)
 - Arbeitsmarktintegration (SGB III)
- **Ausrichtung:** Am Lebensverlauf eines jungen Menschen und nicht an Institutionen
- **Netzwerkpflege:** Bereitstellung eines hauptamtlicher Koordinators (im Sinne eines Kümmerers) und mit hinreichenden Ressourcen als Teil der Regelpraxis

Quelle: KEKIZ – Kein Kind zurücklassen – Kommunen in NRW beugen vor 2013: 9.

Gerda Holz: Impuls zum Workshop, anlässlich der Fachtagung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit am 02.12.2013 in Berlin

www.iss-ffm.de

Strukturprinzip kindbezogener Armutsprävention: Präventionskette durch Netzwerke



© ISS-Frankfurt a.M.

Gerda Holz: Impuls zum Workshop, anlässlich der Fachtagung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit am 02.12.2013 in Berlin

www.iss-ffm.de

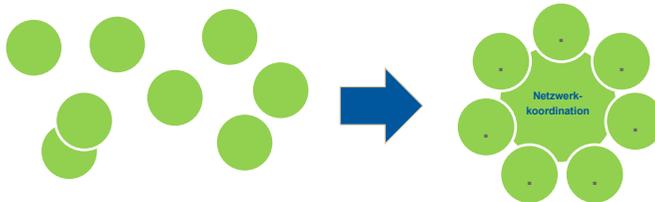
Netzwerke am Beispiel des LVR-Programms „Netzwerk gegen Kinderarmut“

Analyse:

- viel Engagement und Aktivitäten
- viele personelle und finanzielle Ressourcen
- Aktivitäten stehen unverbunden nebeneinander

Idee:

- bedarfsorientierte Bündelung der Ressourcen und Aktivitäten durch ein gesteuertes Netzwerk in Verantwortung des Jugendamts
- Entwicklung eines kommunalen Gesamtkonzepts



Ziel: Aufwachsen aller Kinder im Wohlergehen

Quelle: LVR Koordinationsstelle

Gerda Holz: Impuls zum Workshop, anlässlich der Fachtagung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit am 02.12.2013 in Berlin

www.iss-ffm.de

Anspruch des LVR-Programms „Netzwerk gegen Kinderarmut“

Arbeit im Netzwerk:

- Zusammenführung von Kompetenzen und Ressourcen
- Gemeinsame Zielentwicklung
- Neue Handlungslogik zwischen freien und öffentlichen Trägern
- Kompetenz- und Kreativitätspool
- Abstimmung und Absprachen treffen



Quelle: LVR Koordinationsstelle

Gerda Holz: Impuls zum Workshop, anlässlich der Fachtagung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit am 02.12.2013 in Berlin

www.iss-ffm.de

Die Formen von Netzwerken

- Informationsnetzwerk**
 Dient der gegenseitigen Information und des Austausches mit dem Ziel der Transparenz und der gezielten Förderung von Kooperationen zwischen den verschiedenen Akteuren
 (z.B. ein „Runder Tisch“ oder „Arbeitskreise“ zu Themen oder im Stadtteil)
- Fall- oder projektbezogenes Netzwerk**
 Dient der Kooperation einzelner Akteure im Rahmen einer zeitlich befristeten gemeinsamen Aufgabe
 (z.B. Hilfeplanverfahren, Sprachförderung/Gesundheitsförderung von KiTas)
- Produktionsnetzwerk**
 Damit ist die Verknüpfung der Dienstleistungen einzelner Akteure zu einer (potenziellen) integrierten Leistung gemeint
 (z.B. Kita- oder schulbezogene Unterstützungsnetzwerke, Gesunde KiTa/Gesunde Schule sozialraumbezogene oder kommunale Frühwarnsysteme Kinderschutz, Präventionskette)



Beispiel: Gesundheitsförderung und Prävention als lokales Produktionsnetzwerk



Quelle: Eigene Darstellung 2012



**Verbindungslinien
zur aktuellen Inklusionsdebatte**

Forschen · Beraten · Gestalten

Gerda Holz: Impuls zum Workshop, anlässlich der Fachtagung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit am 02.12.2013 in Berlin www.iss-ffm.de



Verknüpfungen

- Ausgangspunkte sind die Bedürfnisse und Bedarfe von Menschen – **Bedürfnis- statt Zielgruppen**
- Der Gestaltung der Lebenswelt – **dem Sozialraum** – kommt besondere Bedeutung zu
- **Gemeinsame Ziele** aller Akteure in der Kommune
 - Soziale Teilhabe
 - Zugang zu Ressourcen
 - Partizipation
- Das **Unterstützungssystem** und die Handlungsstrategien innerhalb dessen verändern sich
 - Sozialraum als Ort des gemeinsamen Engagement
 - Präventionskette durch Netzwerke
 - Handlungsprinzip Kooperation und Koordination



Fazit

- Mit den Konzepten der Sozialraumorientierung und der Armutsprävention liefert die Soziale Arbeit **wichtige Beiträge zur Inklusion**.
- Die Soziale Arbeit verfügt damit zugleich über ein **methodisches Handwerkszeug und Arbeitsprinzipien**, die grundsätzlich auf die Inklusion von exklusionsgefährdeten Personen / Gruppen abzielen.
- **ABER:** Die **Umsetzung beider Ansätze** ist noch immer unzureichend.



Fragen für die weitere Diskussion



Mögliche Diskussionspunkte

- Welche Aspekte sind aus Ihrer Sicht besonders wichtig?
- Worauf ist bei der Umsetzung besonderes Gewicht zu legen?
- Gibt es gelingende Beispiele vor Ort?

VERANSTALTUNG

Workshop 3: Mehrfachdiskriminierung und Intersektionalität
Toan Nguyen, Bildungswerkstatt Migration & Gesellschaft e.V.



Was ist unter Intersektionalität und Mehrfachdiskriminierung zu verstehen?
Welche Bezüge kann ich zu meiner eigenen Arbeit aufmachen? In welchen Fall-Situationen macht eine intersektionale Perspektive Sinn?



Im Workshop erfolgte zunächst eine kurze, praxisbezogene Einführung in die Perspektive der Intersektionalität und der Mehrfachdiskriminierung. Die Relevanz der Berücksichtigung von Mehrfachdiskriminierung für eine inklusionsbezogene Jugendsozialarbeit wurde herausgestellt, und die Übertragbarkeit von Intersektionalität auf eigene Tätigkeitsfelder wurde geprüft. Fallbeispiele aus dem Erfahrungsbereich der Workshop Teilnehmer/-innen wurden besprochen.



Toan Quoc Nguyen
Bildungswerkstatt Migration & Gesellschaft e.V.
Eisenbahnstraße 2
10997 Berlin
t.nguyen@bildungswerkstatt-migration.de



VERANSTALTUNG

Workshop 2: Anti-Bias/Diversity
Dr. Oliver Trisch, DRK Generalsekretariat



Der Workshop basierte auf Elementen aus der Anti-Bias-Arbeit und hatte zum Ziel, das Thema Inklusion aus einer breiten Perspektive in den Blick zu nehmen.



Der Anti-Bias-Ansatz kann als eine moderne Weiterentwicklung interkultureller Arbeit verstanden werden. In den Blick genommen werden dabei alle Formen von Diskriminierung (wie Sexismus, Klassismus, Antisemitismus, Rassismus etc.) und ihre Verschränkungen sowie die verschiedenen Ebenen von Diskriminierung (zwischenmenschlich, gesellschaftlich, strukturell). Zudem werden immer beide Seiten von Diskriminierung mit einbezogen: die Rolle als Diskriminierte_r und die Rolle als Diskriminierende_r. Gearbeitet wird erfahrungs- und prozessorientiert, d.h. es wird an den eigenen Erfahrungen mit den Themen Diskriminierung und Heterogenität angesetzt. Die Übungen sind grundsätzlich freiwillig. Ziel der Anti-Bias-Arbeit ist es, nach einer Phase der Selbstreflexion zu einem eigenen begründeten (alternativen) Handeln in Bezug auf Diskriminierung und den Umgang mit Heterogenität und Diversität in der eigenen Berufspraxis zu gelangen.



Im Workshop beschäftigten wir uns nach einer kurzen Kennlern-Runde und einer Einführung in den Anti-Bias-Ansatz mit dem in der Anti-Bias-Arbeit zentralen Begriff Diskriminierung. Die Annäherung an den Begriff erfolgte über Aussagen zum Thema Diskriminierung, zu denen die Teilnehmenden jeweils Stellung beziehen mussten. Abgerundet wurde die Übung mit einem Input zu einem Modell von Diskriminierung, dass in der Anti-Bias-Arbeit häufig Anwendung findet.



Zur weiteren Info: Gerade erschienen ist ein Artikel zum Zusammenhang von Anti-Bias-Arbeit und Inklusion, der auch online erhältlich ist:



Oliver Trisch: Der Anti-Bias-Ansatz – vorurteilsbewusste Bildungsarbeit als eine Voraussetzung für Inklusion. In: Beiträge zur Jugendsozialarbeit, Heft 3, Berlin 2013, http://www.jugendsozialarbeit.de/media/raw/JS_Beitraege3_WEB.pdf

Dr. Oliver Trisch
DRK-Generalsekretariat
Team 41 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Referent: Dr. Oliver Trisch
Durchwahl: 030-85404-226
Email: trischo@drk.de



**Guten Morgen und
herzlich Willkommen**

„Inklusion vor Ort“

**der kommunale Index für Inklusion –
ein Praxishandbuch**

Thomas Werner

-Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft-
Die Arbeit mit dem kommunalen Index für Inklusion

Inhalt

- Inklusion – was ist das eigentlich?
- Inklusion – ein kontinuierlicher Prozess
- Der Kommunale Index für Inklusion -Auszüge-
- Die Kommune – Gesellschaft im Kleinen
- Der Fragenkatalog: Aufbau und Themen
- Die Fragen: Beispiele

Grundlage für die folgende inklusive Betrachtungsweise

- Inklusion ist seit 2006 per UN-Konvention Menschenrecht
 - Seit 26. März 2009 durch Deutschland ratifiziert

Inklusive Bildung in Deutschland stärken

Resolution der 71. Hauptversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission,
Berlin, 24. Juni 2011

1. Absatz

Jedes Kind ist einzigartig. Es hat ein **Recht** auf **Achtung, Wohlergehen, Entfaltung** seiner **Persönlichkeit** und auf **vielfältige Entwicklungschancen**, so niedergelegt im UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Dass **alle Menschen** weltweit Zugang zu qualitativ hochwertiger **Bildung** erhalten und ihre Potenziale entfalten können, ist eines der wichtigsten Ziele der UNESCO. Dieser Anspruch ist **universal** und gilt **unabhängig** von **Geschlecht, Herkunft, sozialen oder ökonomischen Voraussetzungen, Behinderung** oder **besonderen Lernbedürfnissen**.

Quelle: <http://www.unesco.de/reshv71-1.html>

Inklusion – was ist das eigentlich?

- Inklusion heißt, **Vielfalt** zu erkennen und wertzuschätzen.
- **Niemand** ist **gleich**, Jede und jeder ist **einmalig**.
- Jede und jeder kann mit ihren / seinen **besonderen Fähigkeiten** und **Erfahrungen** unser Zusammenleben bereichern.
- Alle haben die gleichen **Rechte** und **Chancen**
- Alle werden mit **Respekt** und **Wertschätzung** behandelt.

Inklusion – was ist das eigentlich?

- Inklusion heißt Teilhabe **ALLER** am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben
- **Barrieren** für Teilhabe erkennen und abbauen.
- **Ausgrenzung** und **Diskriminierung** entschieden entgegentreten.
- Alle **Fähigkeiten**, **Erfahrungen** und Ideen zur Unterstützung von **Lernen** und **Teilhabe** aufspüren und nutzen.
- **Beteiligung** und **Mitwirkung** aller bei der Weiterentwicklung der Gemeinschaft.

Grundideen einer inklusiven Haltung

- Inklusion versucht, die Herausforderungen unserer Welt **menschenwürdig** anzunehmen
- Inklusion schätzt die **Verschiedenheit** von Menschen
- Inklusion sieht eine Person als Ganzes und wendet sich gegen Einteilungen, die der **Vielfalt** von Menschen nicht gerecht werden
- Inklusion macht aufmerksam und hilft, Ursachen, Formen und schon kleine Anzeichen von **Diskriminierung** zu erkennen und abzubauen
- Inklusion begegnet jedem Einzelnen mit **Fairness, Offenheit** und **Respekt**
- Inklusion ist kein Ergebnis, sondern ein „**Prozess**“
- Inklusion bietet viele Wege, um sich an diesem Prozess zu beteiligen – **alle Ideen sind willkommen**

Inklusion – warum?

- Vielfalt bereichert: Jede/r Einzelne und die Gemeinschaft können von Inklusion profitieren
 - **Vielfalt** ist eine Ressource: Eine Gemeinschaft wird erfahrener und kompetenter, wenn sie die in ihr vorhandenen Formen von Vielfalt erkennt, wertschätzt und nutzt
 - **Teilhabe** erhöht die Identifikation und das Engagement der Menschen für ihren Lebensort
 - **Selbstwirksamkeit** und Verantwortungsübernahme ermöglichen die **Beteiligung** und **Mitwirkung aller** bei der Weiterentwicklung der Gemeinschaft
 - Bedrohung und Ausgrenzung nehmen ab,
 - **Sicherheit** und **Lebensqualität** nehmen zu – für **alle** Menschen

Inklusion – ein kontinuierlicher Prozess

- Inklusion ist ein **Prozess**, der **nie** zu Ende ist, aber **überall anfangen** kann
- Inklusion bedeutet **Veränderung in kleinen Schritten**
- **ABER**: Veränderung lässt sich nicht planen – Überraschungen, Umwege, Widerstände und Zweifel gehören dazu und können positiv wirken
- **Vielfalt** ist eine **Ressource**: Eine Gemeinschaft wird erfahrener und kompetenter, wenn sie die in ihr vorhandenen Formen von Vielfalt erkennt, wertschätzt und nutzt

Inklusion – ein Prozess

... der bei **jeder / jedem** von uns anfängt...

- Die **eigene Haltung** und persönliche Einstellung zu Vielfalt überdenken und entwickeln.
- Das **eigene Handeln** überprüfen und verändern.
- Auf Menschen so zugehen, dass **Kontakt** und **Austausch** möglich werden.
- Die **eigenen Möglichkeiten** entdecken, zu mehr **Teilhabe beitragen** zu können.

Inklusion – ein Prozess

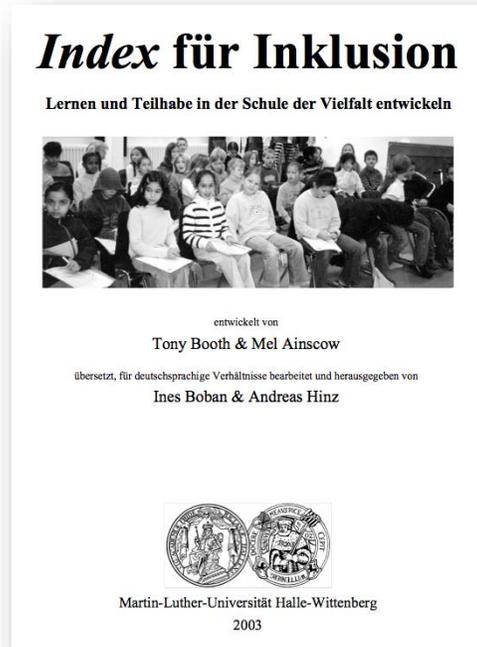
... zu dem **jede** Einrichtung/Organisation nach innen und außen beitragen kann...

Die Angebote für **ALLE** zugänglich machen.

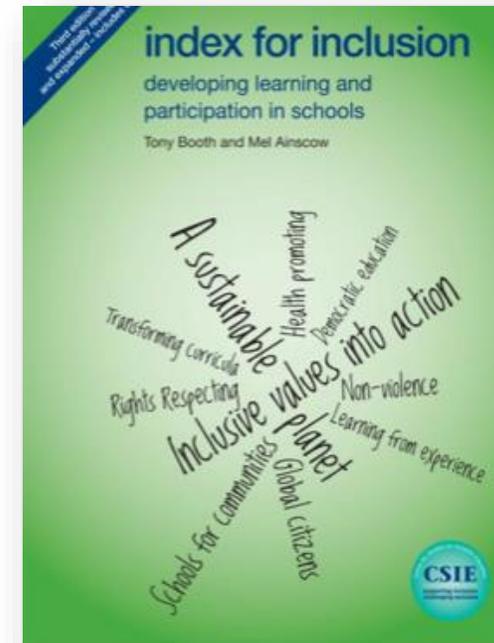
- **Wertschätzend** mit den Nutzer/innen und den eigenen Mitarbeiter/innen/Mitgliedern umgehen.
- In einem **offenen Dialog** die Angebote bedarfsgerecht weiterentwickeln.
- Strukturen schaffen, die **Teilhabe** und **Mitgestaltung** möglich machen.
- Inklusion heißt, das Andere, Ungewohnte, **Neue als Chance** zu sehen
- **Inklusion – ein kontinuierlicher Prozess**

Der Index für Inklusion

- Der „Index“: ein Fragenkatalog
 - Erster Index für Schulen 2000
 - Erste deutsche Ausgabe 2003
 - Übersetzung in viele Sprachen – wird heute in der ganzen Welt genutzt



AusZeit Gestalten -2013-



Inklusion – ein Prozess

... der Vernetzung und Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene erfordert...

- in der **Zusammenarbeit** mit anderen **Ressourcen entdecken** und nutzen,
- Veränderungen **gemeinsam** entwickeln,
- Erfahrungen **austauschen** und **lernen**,
- gemeinsame Strategien **entwickeln** und **umsetzen**,
- **Strukturen schaffen**, die auf kommunaler Ebene inklusive Prozesse und Praktiken ermöglichen.

Warum fragen?

- Fragen helfen,
 - sich mit dem Thema Inklusion **auseinandersetzen**
 - mit anderen darüber ins **Gespräch** zu kommen
 - die bestehende **Vielfalt** im eigenen **Umfeld** zu entdecken
 - andere **Perspektiven** und **Sichtweisen** kennenzulernen
 - **positive Beispiele** zu erkennen und daraus zu lernen
 - **Verbesserungsmöglichkeiten** aufzuspüren
 - **gemeinsame** Ideen zu **entwickeln** und **umzusetzen**
 - die Wirksamkeit des eigenen Handelns zu **erfahren** und zu **gestalten**

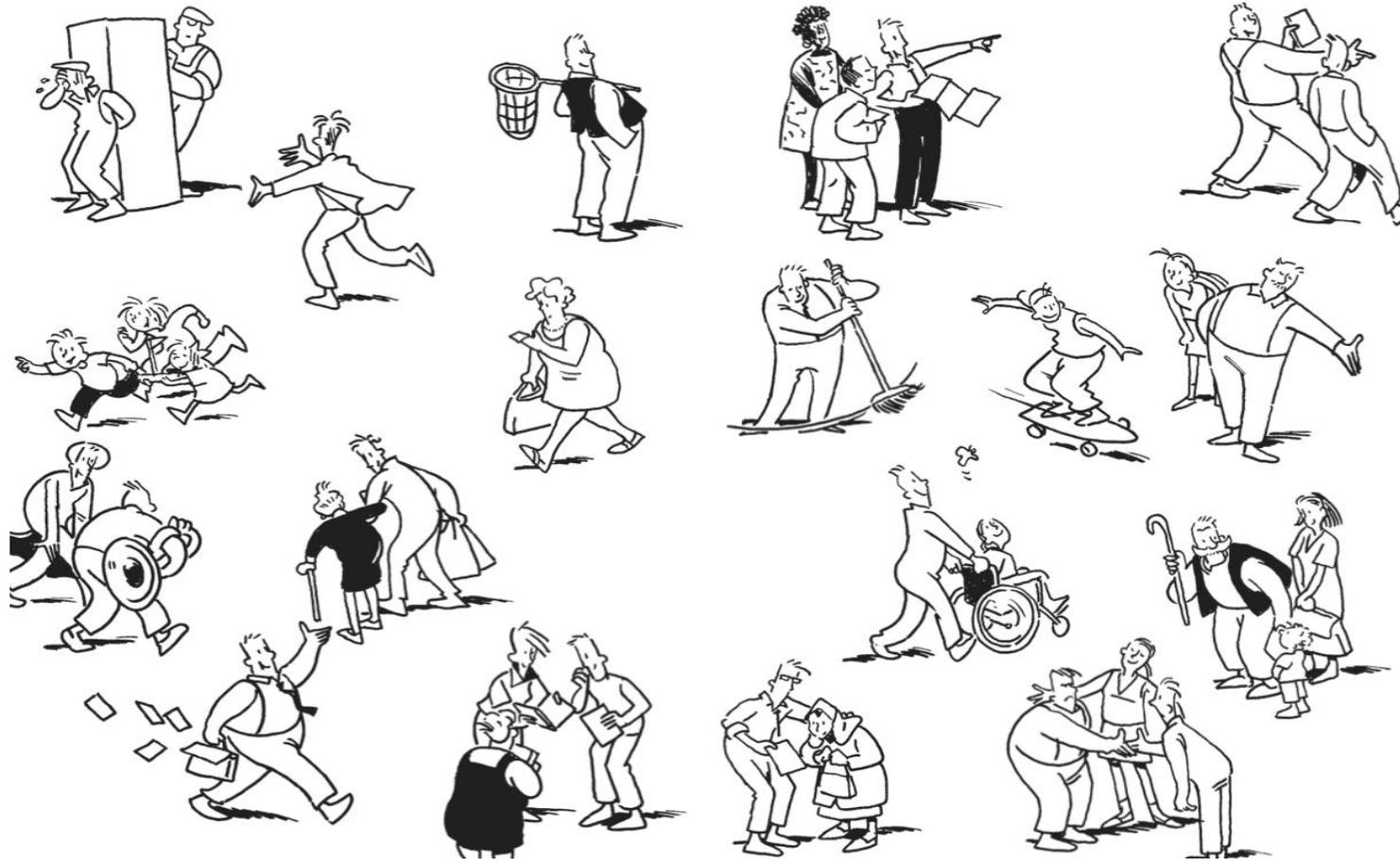
Inklusion vor Ort – der kommunale Index für Inklusion

- Ein Praxishandbuch
 - Inklusion kennenlernen
 - Selbst aktiv werden
 - Zusammen mit anderen Inklusion gestalten
- Inhalt
 - Einleitung
 - Der Fragenkatalog
 - Inklusiver Prozesse umsetzen
 - Beispiele aus der kommunalen Praxis



Die Kommune – Gesellschaft im Kleinen

Eine Kommune ist mehr als eine Verwaltungseinheit – sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die in ihr zusammen leben



Die Kommune, Gesellschaft im Kleinen

- Eine Kommune **lebt** von ihren Bürgerinnen und Bürgern
- **Jeder Mensch** in ihr hat eine „**Wirkung**“ und kann etwas beitragen
- Je mehr **Menschen** ihre eigene **Wirksamkeit** erleben, desto mehr bringen sie sich ein
- Eine Kommune, die eine solche „**Beteiligungskultur**“ fördert, kann von den Fähigkeiten und Kompetenzen der Menschen profitieren
- Wie die Menschen in ihr kann auch die Kommune selbst wirksam werden – als **Vorbild, Beispiel** und in der **Vernetzung** mit anderen kann sie beitragen, in unserer Gesellschaft eine inklusive Kultur zu etablieren

Wirkung auf verschiedenen Ebenen

- Ebenen, auf denen Inklusion wirken kann:
 - **„Ich mit Mir“:** Die Ebene der einzelnen Person
 - **„Ich mit Dir“:** Die Ebene Mensch-zu-Mensch
 - **„Wir“:** Die Ebene öffentlicher Organisationen
 - **„Wir und Wir“:** Die Ebene der Vernetzung
 - **„Alle gemeinsam“:** Die Kommune als Ganzes

Der Fragenkatalog - Aufbau

Ich mit Mir	Ich mit Dir	Wir	Wir und Wir	Alle gemeinsam
------------------------	------------------------	------------	------------------------	---------------------------

Unsere Kommune als Wohn- und Lebensort				
---	--	--	--	--

	Inklusive Entwicklung unserer Organisation			
--	---	--	--	--

			Kooperation und Vernetzung in unserer Kommune	
--	--	--	--	--

Der Fragenkatalog - Themen

Unsere Kommune als Wohn- und Lebensort

- Inklusive Werte
- Wohnen und Versorgung
- Wohlbefinden und Gemeinschaft
- Mobilität und Transport
- Barrierefreiheit
- Umwelt und Energie
- Bildung und lebenslanges Lernen
- Arbeit und Beschäftigung
- Kultur und Freizeit
- Beteiligung und Mitsprache

Inklusive Entwicklung unserer Organisation

- Gemeinsame Ziele und Leitideen
- Haltung und Verhalten
- Selbständigkeit und Verantwortungsübernahme
- Kontaktaufnahme und Empfang
- Zugänglichkeit der Gebäude
- Außendarstellung und Werbung
- Angebote und Leistungen
- Erreichbarkeit und Bearbeitung der Anliegen
- Rückmeldungen und Veränderungspraxis
- Arbeitsplatz und Arbeitsbedingungen
- Einstellungspraxis und Beförderungswesen
- Neue Mitarbeiter/innen
- Interne Kommunikation und Information
- Zusammenarbeit und Unterstützung
- Wissen, Erfahrungen und Kompetenzen
- Weiterbildung und Entwicklung
- Führungskultur und –praxis
- Beteiligung und Mitbestimmung
- Abläufe und Standards
- Finanzen und Ressourcen

Kooperation und Vernetzung in unserer Kommune

- Inklusive Werte im Netzwerk
- Kooperation mit Partnerorganisationen
- Beteiligung und Verantwortungsgemeinschaft
- Transparenz und Kommunikation
- Verständigung und Entscheidung
- Mobilisierung von Ressourcen
- Koordination und Steuerung
- Strategien für Nachhaltige Wirksamkeit
- Vernetzung über die Kommune hinaus
- Lokal denken – global handeln

Die Fragen: Beispiele: „Unsere Kommune als Wohn- und Lebensort“

- Werden alle Menschen als gleichberechtigte Bürger/innen angesehen und akzeptiert?
- Gibt es ausreichend Zugang zu öffentlichen Parks, Grünflächen, Spiel- und Sportplätzen etc.?
- Können alle Menschen an ihrem Wohnort selbstbestimmt und in Würde leben?
 - Ist der Nahverkehr für alle zugänglich (barrierefrei) und erschwinglich?
- Wird Menschen selbstverständlich Unterstützung angeboten, die aufgrund von Sprache, Herkunft, sozialem Status etc. Angebote nicht nutzen können?
- Gibt es Maßnahmen, um das Bewusstsein für ressourcenschonendes Verhalten zu unterstützen?
 - Gibt es für alle gesellschaftlichen Gruppen im Stadtteil Bildungsangebote, z. B. an der Volkshochschule?
- Wird von allen Stellen versucht, Arbeitssuchenden jedes Alters und jeder Herkunft eine Perspektive zu vermitteln?
- Gibt es Vereine und Angebote für Sport und Freizeit, die allen Menschen offenstehen?
 - Werden bei wichtigen Entscheidungen die Meinungen der Bürger/innen gerne einbezogen?

Die Fragen: Beispiele

„Inklusive Entwicklung unserer Organisation“

- Hat das Ziel, eine inklusive Kultur aufzubauen, bei allen einen hohen Stellenwert?
- Ist der Jugendförderung bewusst, dass eine inklusive Entwicklung die Qualität der Leistung steigert?
 - Ist allen Mitarbeiter/innen bewusst, dass verschiedene Kulturen und Religionen verschiedene Weltanschauungen zur Folge haben?
 - Werden Mitarbeiter/innen verständnisvoll behandelt, wenn sie in einer Situation verletzt, verärgert oder enttäuscht reagieren?
 - Werden Mitarbeiter/innen ermutigt, hochgesteckte Ziele zu erreichen?
- Trägt die Kinder- und Jugendeinrichtung mit eigenen Ressourcen dazu bei, die Selbstständigkeit von Einzelpersonen und Gruppen zu fördern?
- Können alle Besucher/innen den ersten Kontakt Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung als freundlich und offen erleben?
 - Bietet die Stadt Gütersloh -Fachbereich Jugend und Bildung- Maßnahmen an, um Mitarbeiter/innen für die Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen zu sensibilisieren?
- Werden Anfragen der Mitarbeiter/innen zeitnah und in einer angemessenen Frist bearbeitet?
 - Setzen sich erfahrene Mitarbeiter/innen dafür ein, dass sich alle neuen Kolleg/innen akzeptiert fühlen?

Fragen: Beispiele „Kooperation und Vernetzung in unserer Kommune“

- Begegnen sich alle Partnerorganisationen/Akteure mit Wertschätzung und Respekt?
- Ist es ein gemeinsames Ziel aller Partnerorganisationen, nachhaltig und umweltbewusst zu handeln?
- Können Gruppen, Einrichtungen und Initiativen davon ausgehen, dass sie durch ihr Engagement Dinge im Umfeld verändern können?
 - Sind alle Partnerorganisationen in die Kommunikation einbezogen?
 - Werden Reibungspunkte und Konflikte wahrgenommen und angesprochen?
- Gibt es genügend und angemessenes Informationsmaterial, um externe Partnerorganisationen und Unternehmen für gemeinsame Projekte zu gewinnen?
 - Werden unterschiedliche, auf Inklusion zielende Aktivitäten in der Kommune koordiniert?
 - Werden wichtige Repräsentant/innen für die Anliegen erkannt und eingebunden?
 - Wird der Austausch mit anderen Kommunen genutzt, um den eigenen Entwicklungsstand zu analysieren?
- Setzen sich alle damit auseinander, welche Auswirkungen das Handeln in der eigenen Kommune auf das Leben anderer Menschen weltweit haben kann?

Warum fragen?

Fragen helfen...

- ...sich mit dem Thema Inklusion **auseinandersetzen**
- ...mit anderen darüber ins **Gespräch** zu kommen
- ...die bestehende **Vielfalt** im eigenen **Umfeld** zu entdecken
- ...andere **Perspektiven** und **Sichtweisen** kennenzulernen
- ...**positive Beispiele** zu erkennen und daraus zu lernen
- ...**Verbesserungsmöglichkeiten** aufzuspüren
- ...**gemeinsame** Ideen zu **entwickeln** und **umzusetzen**
- ...die Wirksamkeit des eigenen Handelns zu **erfahren** und zu **gestalten**

Mit den Fragen arbeiten

Der Fragenkatalog ist ein Angebot mit **Buffet-Charakter...**

- ...es müssen nicht alle Fragen bearbeitet werden
- ...Fragen können je nach Situation ausgewählt werden
- ...die Auswahl kann thematisch oder per Zufall erfolgen
- ...Fragen können verändert und angepasst werden
- ...es können auch neue Fragen entstehen
- ...es gibt keine „richtigen“ oder „falschen“ Antworten
- ...jede/r kann über die Fragen nachdenken und mit anderen diskutieren
- ...verschiedene Perspektiven und persönliche Teilhabe sind wichtig
- ...die Diskussion sollte von allen fair und ruhig geführt werden
- ...wichtig: Die Fragen sind keine Checkliste, die man abhaken kann

Prozesse vor Ort gestalten

Veränderung planen und gestalten: -12 Schritte-

1. Orientieren: Was ist unsere inklusive Leitidee?
2. Kommunizieren: Wie finden wir eine gemeinsame Sprache?
3. Sich einlassen: Was wollen wir überhaupt?
4. Organisieren: Wie werden wir handlungsfähig?
5. Bestand aufnehmen: Wie sieht es zurzeit bei uns aus?
6. Ziele beschreiben: Was wollen wir erreichen?
7. Zwischenbilanz ziehen: Sind wir auf Kurs?
8. Ideen finden: Wie können Lösungen aussehen?
9. Pläne schmieden: Wie gehen wir vor?
10. Umsetzen: Ärmel hochkrempeln... und los!
11. Nachbereiten: Was haben wir geschafft?
12. In die Zukunft denken: Das Ende des Alten... ist der Beginn des Neuen!

Wo kann ich mit den Fragen arbeiten?

Überall und in allen Phasen des Veränderungsprozesses

- bei der Bestandsaufnahme
- in Teamrunden
- die „Frage der Woche“ im Internet, Rathaus, Eingangshalle
- in Steuergruppen, Gremien, Arbeitsgruppen
- in Workshops, Seminaren
- auf Veranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern
- bei Befragungen von Bürger/innen, Nutzer/innen von Angeboten, beteiligten Personenkreisen
- in Zukunftswerkstätten
- in der Familie, mit Freunden und Nachbarn
- und: bei der Entwicklung und Erstellung von Inklusionsplänen

...es gibt Menschen die unbeweglich sind...

...es gibt Menschen, die beweglich sind...

und

...es gibt Menschen die sich bewegen...

Benjamin Franklin

Inklusionsorientierung im JMD?

Andreas Foitzik

Berlin
3.12.2013

Othering

„Woher kommst Du?“ – „Aus Essen.“

„Nein, ich meine, ursprünglich?“- „Ich bin in Essen geboren.“

„Aber Deine Eltern?“- „Meine Mutter kommt auch aus Essen.“

„Aber Dein Vater?“- „Mein Vater ist Italiener.“

„Aha“ - ...

Othering

Tragen wir dazu bei, dass die Anderen immer die Anderen bleiben?

„Othering“ - „Ver-ändern“

... als potentiell traumatische Erfahrung

Besonderung in der Pädagogik

- Die/Der „Andere“ als defizitäres Wesen
.... hat Probleme oder macht Probleme
- „Entwicklungshilfedenken“
→ Assimilation

Besonderung in der Pädagogik

Ein Mensch ist nicht „behindert“, sondern er wird „behindert“.

Ein Migrant ist nicht „ein „anderer“, sondern er wird dazu gemacht, zu einem Menschen, der nicht selbstverständlich dazugehört, der Probleme hat und Probleme macht.

Inklusion

Inklusion steht für eine Idee der Chancengerechtigkeit, die eine hindernislose Partizipation an gesellschaftliche Ressourcen des täglichen Lebens als Maßstab setzt.

Ideal: Gleiche Chancen für alle Menschen haben ungeachtet ihrer sozialen Herkunft und zugeschriebenen Eigenschaften oder kulturellen Zuschreibungen.

Inklusion in der Jugendsozialarbeit

Integration in die *Gesellschaft* wird verstanden als Einpassung in den Arbeitsmarkt.

Benachteiligung als persönliches Anpassungsproblem.

Das Prinzip „Fördern und fordern!“ basiert auf der Haltung:

„Wer nicht mitmacht, wird ausgeschlossen, ist selber schuld.“

Inklusion

Soziale Ungleichheit als Thema innerhalb und nicht außerhalb der *Gesellschaft*

Statt deiner gruppenspezifischen Einteilung von Förderbedarfen eine Anerkennung von Vielfalt

Exklusion

Die Erfahrung der Ausgrenzung ist gleichbedeutend mit der Annahme, keinen „anerkannten Ort“ innerhalb der Gesellschaft einzunehmen.

Dabei ist es zweitrangig, ob dieser Ausschluss innerhalb oder außerhalb des Systems stattfindet.

→ Auch Maßnahmen der Jugendsozialarbeit sind tendenziell außerhalb → kurzfristige prekäre Integration.

Inklusion

Trägt Jugendsozialarbeit zur Exklusion bei?

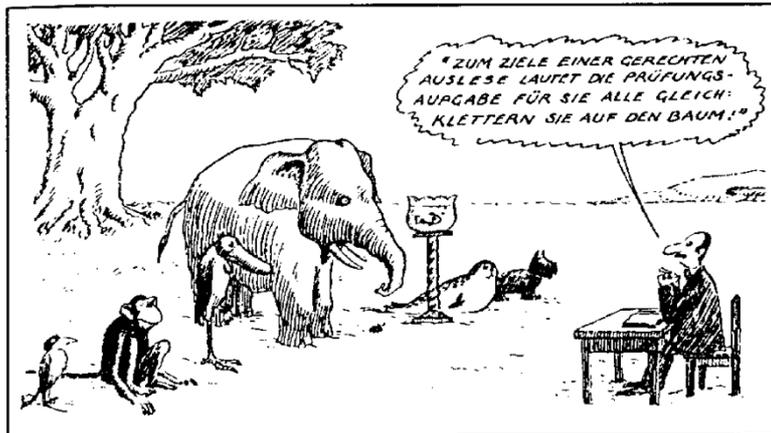
Ist in einem inklusiv gedachten System Jugendsozialarbeit überflüssig?

Bezogen auf Migrationsarbeit:

Tragen Jugendmigrationsdienste zur Exklusion bei?

Ist in einem inklusiv gedachten System ein Jugendmigrationsdienst überflüssig?

Die Falle der Gleichbehandlung



Inklusion

- Eine inklusionsorientierte JSA ohne die Berücksichtigung von speziellen Bedarfen trägt zur Ausgrenzung bei!
- Die Spannung zwischen Normalisierung und Besonderung ist nicht aufzulösen, nicht einfach zu regeln, sondern immer wieder auszuhalten und zu gestalten.

Die Ambivalenz des Interkulturellen

**Für die Weiße, die wissen möchte, wie sie
meine Freundin sein kann**

Erstens: Vergiss, dass ich schwarz bin.
Zweitens: Vergiss nie, dass ich schwarz bin.

Pat Parker

Inklusion im JMD

Durch die schrittweise Zielgruppenöffnung des JMD wird der „sonderpädagogische“ Arbeitsansatz zunehmend problematisch.

- Jugendliche wollen irgendwann nicht mehr (nur) als Migrant_innen angesprochen werden, die (als solche) gefördert, integriert und begegnet werden wollen.
- Jugendliche haben spezifische Themen, die wir angemessen begleiten müssen.

Beispiel JMD Reutlingen

JMD als Fachdienst für Jugendsozialarbeit

- Dienststelle der BruderhausDiakonie
- 4 Standorte in 2 Landkreisen
- 10 KJP-Mitarbeiter/-innen (6,5 Stellen)
- Insgesamt 40 Mitarbeiter/-innen (ca. 25 Stellen),
- Viele Honorarkräften und ehrenamtlich Engagierte

Beispiel JMD Reutlingen

2011: Umbenennung in
Fachdienst Jugend, Bildung, Migration

Träger der Jugendsozialarbeit mit verschiedenen
Maßnahmen, Projekten und Aufträgen

Beispiel JMD Reutlingen

- **Wir bieten Beratungsstunden** in der Ausländerbehörde und in Jugendagenturen
- **Wir sind präsent in 40 Schulen**
 - in den Vorbereitungsklassen
 - mit Maßnahmen der Vertieften Berufsorientierung
 - als Träger der Schulsozialarbeit

Beispiel JMD Reutlingen

- **Kommunalen Aufgaben der Jugendsozialarbeit und Hilfen zur Erziehung und der Arbeitsagentur**
 - Mobile Arbeit und
 - Jugendhaus, Jugendtreffs,
 - Erziehungshilfestelle
 - *Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Berufseinstiegsbegleiter*
- **(Jugend-)Sprachkurse**

Beispiel JMD Reutlingen

Wir haben so eine Art Netz, in dem wir Migrant*innen kennenlernen und Kontakte aufbauen, ohne dass sie mit dem Label *Migration* versehen sind.

Wenn ein konkreter Förderbedarf besteht, können wir sie in die individuelle Begleitung übernehmen.

Beispiel JMD Reutlingen

Beispiel: Fachdienst JBM Münsingen

0,5 Stelle JMD

2x 0,5 Stellen Mobile Arbeit

1 Stelle Jugendhaus

2,5 Stellen Schulsozialarbeit an 5 Schulen

0,5 Stelle Vertiefte Berufsorientierung

→ Anlaufstelle für alle Jugendlichen

Beispiel JMD Reutlingen

Fachstelle für Migration, Interkulturalität und Rassismus

- aktive Rolle in den Netzwerken
- Parteinahme für das Thema in der Öffentlichkeit
- Unterstützung von Prozessen der IKÖ
- Innovative Projekte initiieren

Beispiel JMD Reutlingen

Beispiele für inklusive Ansätze

1. Väter-Söhne-Projekt
2. Kickboxabteilung im Sportverein
3. Lernendes Netzwerk
 - Netzwerkstelle der Stadt in Bezug auf Übergang Schule-Beruf
 - Berufsbegleitende Weiterbildung
 - Migrationspädagogik

Beispiel JMD Reutlingen

Notwendigkeit von niederschweligen Angeboten

Förderung auch von ethnisch homogenen Gruppen
z.B. Gruppenangebote für Jugendliche

Arbeit mit Migrantorganisationen

Elternarbeit auch in „homogenen“ Gruppen

Beispiel JMD Reutlingen

Notwendigkeit von Empowerment

Jugendliche sind konfrontiert mit einer
Gesellschaft, die nach rassistischen Kriterien
Zugangschancen verteilt.

Die Regeleinrichtungen (z.B. Schule) sind daran qua
Auftrag beteiligt.

Beispiel JMD Reutlingen

JMDs haben hier die Aufgabe, Räume zu eröffnen, in denen sie

- Mehrfachidentitäten als Ressource erleben können
- mit ihren Rassismuserfahrungen gehört werden
- in ihrer Verletzlichkeit aber nicht pathologisiert, sondern auch in ihrer Widerstandsfähigkeiten wahrgenommen werden.

→ Dafür braucht es auch Räume, die nicht inklusiv organisiert sind.

JMD Reutlingen

Der Fachdienst JBM hat die Federführung für einen Runden Tisch Antidiskriminierung.

Ziel ist der Aufbau einer professionellen Struktur der Antidiskriminierungsarbeit:

- Beratung und Stärkung von Menschen mit Diskriminierungserfahrung
- Professionalisierung der Einrichtungen

Perspektiven

JMD-Arbeit muss Spannung zwischen Besonderung und Normalisierung reflexiv gestalten.

→ Gleichzeitig alle Energie in eine angemessene, also nicht bevormundende Begleitung in spezifischen Lebenslagen stecken und Inklusion möglich machen, wo irgend möglich.

→ Die eigene Arbeit unsichtbar machen.

→ Die Grenzen fließender machen.

→ Sich nicht sicher sein.

Perspektiven

Eine Zusammenführung der Aufgaben von JMD und Kompetenzagenturen könnte Möglichkeiten für inklusive Arbeitsansätze eröffnen.

Zentral ist, dass der Auftrag einer parteilichen Begleitung von Migrantenjugendlichen und der Förderung der Interkulturellen Öffnung nicht verloren geht.

Inklusion – Integration - Diversity



Quelle: BIBB/ES



Jugendberufshilfe: Weg von der besonderen Benachteiligtenförderung hin zum inklusiven Berufsbildungssystem?

Dr. Ursula Bylinski
Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

Berlin, 3. Dezember 2013

A. Inklusive Berufsbildung

1. UN-Konvention und UNESCO-Leitlinien
2. Wie ist die Ausgangssituation?
3. Was beinhaltet eine inklusive Berufsbildung?
4. Exklusionsrisiken und Inklusionsaufgaben

B. Benachteiligtenförderung und inklusive Berufsbildung

1. Bedarf es einer Pädagogik der Benachteiligtenförderung?
2. Das Besondere im Allgemeinen
3. Exkurs: berufliches Handlungskonzept und Selbstverständnis der sozialpädagogischen Fachkräfte

C. Ausblick

Rechte von Menschen mit Behinderungen

UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2009 Artikel 24

(Bundesgesetzblatt Teil 2, Nr.35 veröff. 31.12.2008):

- (1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. (...)
- (2) Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass
 - a) Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden (...)
 - d) Menschen mit Behinderungen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern.
- (5) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner Hochschulbildung, **Berufsausbildung**, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben (...)

Berufsbildungsgesetz (BBiG)

§ 65 Berufsausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen

Regelungen (...) sollen die besonderen Verhältnisse behinderter Menschen berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für die zeitliche und sachliche Gliederung der Ausbildung, die Dauer von Prüfungszeiten, die Zulassung von Hilfsmitteln und die Inanspruchnahme von Hilfeleistungen Dritter (...).

§ 66 Ausbildungsregelungen der zuständigen Stellen

Für behinderte Menschen, für die wegen Art und Schwere ihrer Behinderung eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nicht in Betracht kommt, treffen die zuständigen Stellen (...) Ausbildungsregelungen (...). Die Ausbildungsinhalte sollen unter Berücksichtigung von Lage und Entwicklung des allgemeinen Arbeitsmarktes aus den Inhalten anerkannter Ausbildungsberufe entwickelt werden. (...).

Deutsche UNESCO-Kommission: „Bildung für Alle“:

Inklusion im Bildungsbereich bedeutet, dass **allen Menschen die gleichen Möglichkeiten** offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale entwickeln zu können, **unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen, Geschlecht, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen.**

(DEUTSCHE UNESCO-KOMMISSION E.V. 2009)

Inklusive Bildung
als eine
„Pädagogik für
besondere
Bedürfnisse“



Inklusive Bildung kann nicht in Isolation weiterentwickelt werden, sondern muss Teil einer allgemeinen pädagogischen und bildungspolitischen Strategie sein.

Wie ist die Ausgangssituation?

Differenzierte und separierende **Förderlandschaft** für junge Menschen mit Behinderungen und Benachteiligungsmerkmalen

Berufsausbildungsvorbereitung

Schulisch	außer-schulisch		betrieblich
z.B. BVJ, BGJ	BVB allgem. (SGB III)	BVB REHA (SGB III)	z.B. EQ, EQplus
	9.103 Eintritte 2009	17.196 Eintritte 2009	

Duale Berufsausbildung

außer-betrieblich		betrieblich
BaE (SGB III)	REHA-bMA (SGB III)	abH (SGB III)
3.159 Eintritte 2009	19.641 Eintritte 2009	4.374 Eintritte 2009

Berufliche Fortbildung

Weiterbildung	Um-schulung	Nach-qualifizierung
REHA-bMW	Berufsförderungswerke (BFW)	Externenprüfung
2.384 Eintritte 2009		

Beschäftigung

Erster Arbeitsmarkt	Zweiter Arbeitsmarkt
Unterstützte Beschäftigung: REHA-UB (SGB IX)	Werkstätten für behinderte Menschen (SGB IX)
3.300 Eintritte 2009 (individuelle betriebliche Qualifizierung)	13.046 Eintritte 2009 (Ersteingliederung)

Zahlen **beruflicher Ersteingliederung** von Rehabilitanden, erstellt auf Grundlage von: NIEHAUS/KAUL 2012)

Zielgruppendiffusität

Behinderte junge Menschen

Junge Menschen mit „sonderpädagogischem Förderbedarf“:

- Rehabilitanden
- definiert nach Behindertenkategorien
- Festlegung von Förderschwerpunkten

Benachteiligte junge Menschen

Junge Menschen mit „Berufswahl- und/oder -schwierigkeiten“ und/oder „besonderem Förderbedarf“:

- Individuelle, soziale und strukturelle Benachteiligungsmerkmale (BIBB-HAUPTAUSSCHUSS 2007)
- die als Risikofaktoren definiert werden (BEICHT und ULRICH 2008)

Lernbehinderung



Lernbeeinträchtigung

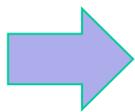
Die Abgrenzung von „Lernbehinderung“ bei jungen Menschen mit Behinderungen zur „Lernbeeinträchtigung“ bei benachteiligten Jugendlichen verweist auf eine normative Setzung, die als relationale Beschreibung immer auch in Abhängigkeit zu strukturellen Faktoren gesetzt wird und entsprechend differenziert zu betrachtet ist.

aus: BUCHMANN und BYLINSKI 2013

Definition: Risikogruppen

ULRICH (2011, S. 6) definiert jene Personengruppen als „**Risikogruppen im Übergangsgeschehen**“, die

„nach Maßgabe der bestehenden Zugangsregelungen eine geringere Chance haben, sich erfolgreich um eine duale Berufsausbildung zu bewerben, weil sie nicht über jene personalen, sozialen und organisationalen Ressourcen verfügen, um sich einen Zugang in eine Berufsausbildungsstelle zu erschließen.“



Risiko ist nicht mit dem Begriff der **Wahrscheinlichkeit** gleichzusetzen! (vgl. ebd. S. 14).

„Stolperstein“ Übergang?

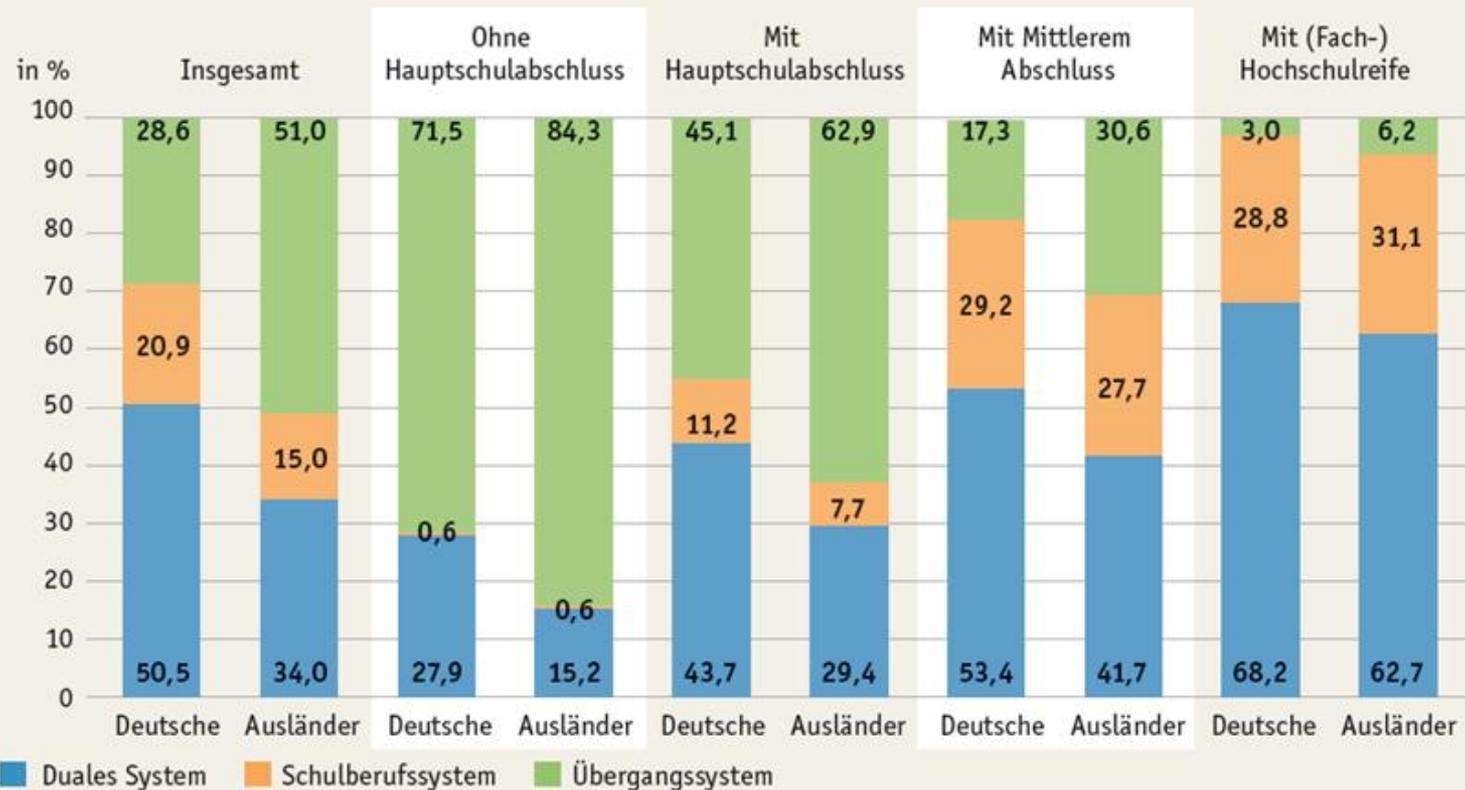
Soziale Selektionsprozesse sind für den Übergang aus der allgemein bildenden Schule in die Berufsausbildung in Deutschland besonders **stark ausgeprägt**:

- sowohl nach **schulischer Vorbildung**,
- als auch nach **Geschlecht**,
- nach **Migrationshintergrund**
- und **Region**.

nach: AUTOREN GRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2012, S. 103

Schulische Vorbildung und Staatsangehörigkeit

Abb. E1-5A: Verteilung der Neuzugänge auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems 2010 nach schulischer Vorbildung und Staatsangehörigkeit (in %)*



* Ohne Neuzugänge mit Abschluss unbekannt oder sonstigen Abschlüssen; vgl. Erläuterungen E1 und Erläuterungen bei Tab. E1-1A

Aus: AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2012, S. 276

Exklusionsrisiken in der Berufsbildung

Vorberufliche Bildung

Separierte Bildungsangebote mit wenig Übergangschancen (Sonderbereiche für Rehabilitanden)

Berufsausbildungsvorbereitung

Ca. 300.000 Jugendliche (2010) im so genannten **Übergangssystem**, ohne die Möglichkeit dort **berufsqualifizierende Abschlüsse** zu erwerben

Berufsausbildung

2010 wurden 23% (2009: 22,1%) der **Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst** (BIBB-DATENREPORT 2012, S. 167)

Berufliche Fortbildung

15,2% einer Alterskohorte (20-35 Jahre) blieben 2009 **ohne beruflichen Abschluss** (BIBB-DATENREPORT 2012, S. 279)

Akadem. Berufsausbildung

Für die Studienanfänger/-innen von 2006/2007 beläuft sich die **Abbruchquote** im Bachelorstudium über alle Hochschularten und Fächergruppen auf 28% (HIS, 3/2012)

Nach: AUTOREN-GRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG 2012

Soziale Selektionsprozesse sind für den Übergang aus der allgemein bildenden Schule in die Berufsausbildung in Deutschland besonders **stark ausgeprägt**:

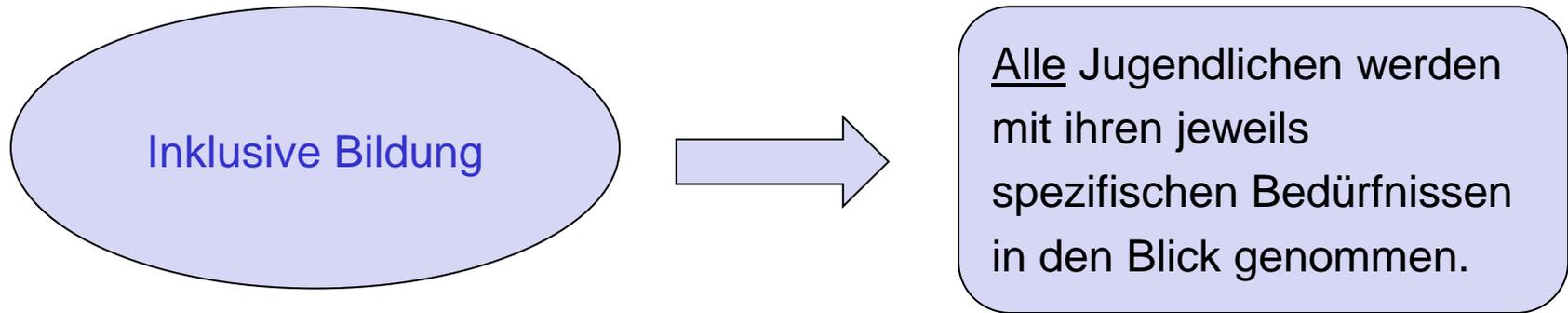
- sowohl nach **schulischer Vorbildung**, als auch nach **Geschlecht**, nach **Migrationshintergrund** und **Region**

33,9% der Absolventen/-innen einer dualen Ausbildung sind **im Anschluss arbeitslos** (BIBB-DATENREPORT 2012, S. 265)

(entnommen aus: BUCHMANN und BYLINSKI 2013, S. 159)

Herausforderung Inklusion

Ausbildung für alle!



Ziel einer **inklusiven Berufsbildung** ist es, **allen** jungen Menschen **und** spezifischen Zielgruppen alle Optionen für einen erfolgreichen Weg in eine **qualifizierte Berufsausbildung** und in das Erwerbsleben zu eröffnen, um darüber gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen (**Bildungsgerechtigkeit** und **Chancengleichheit**).

➡ Beseitigung von **Exklusionsrisiken** und Entwicklung von **Inklusionsstrategien**

Veränderungen auf der Struktur- und Systemebene

Es geht um **Inklusionsstrategien**

- zur **Herstellung einer inklusiven Grundhaltung**, einer Anerkennung und Wertschätzung individueller Unterschiede und um ein Berufsbildungssystem, das Vielfalt als Ressource nutzt;
- zur **Bereitstellung eines individualisierten Bildungs-, Unterstützungs- und Förderangebots** (Subjektorientierung): D.h.: nicht das spezifische Merkmal (Behinderung, Benachteiligung) ist Ausgangspunkt für unser Handeln, sondern das Individuum.
Dabei gilt der Perspektivenwechsel: **Ungleiches ungleich behandeln!**
- zur **Gestaltung von individuellen Berufswegen (Ziel: qualifizierte Berufsausbildung)** und **gelingenden Bildungsübergängen**: das Herstellen von Anschlussfähigkeit und Durchlässigkeit zwischen den Teilsystemen, sodass jederzeit „Ein- und Ausstiege“ in Bildung möglich werden;
- zur **Begleitung individueller Berufswege**, ein **an der Biografie orientiertes Bildungsmanagement** (mit unterschiedlichen Unterstützungsformen) im regionalen Handlungskontext.

Individuelle Begleitung auf dem Weg in den Beruf

Unterstützungs- und Förderangebote vom Individuum ausgehend konzipieren

(„Vom Jugendlichen her denken“)

Richtet den Blick auf ...

... die jeweiligen individuellen Lern- und Bildungsvoraussetzungen

(**Subjektorientierung**)

... die Kompetenzen und vorhandenen Unterstützungsstrukturen

(**Ressourcenorientierung**)

... die soziale Lebenslage und das jeweilige Milieu (**Systemorientierung**)

und

die Jugendlichen aktiv in den Prozess mit einbeziehen (**Partizipation**)



Foto aus: KOOPERATIONSVERBUND 2011, S. 7

Bedarf es einer Pädagogik der Benachteiligtenförderung?

„Ausbildung für alle!“ und „Jedem eine Chance“
Bspw. „sozialpädagogisch orientierte Berufsausbildung“

Eigene Lernsettings
wurden entwickelt,
deren **besondere**
Stärke im Umgang mit
Heterogenität, Vielfalt
und Differenz liegt.



Parallelsystem

Separierung

Ausgrenzung

Etikettierung



Pädagogische Konzepte stoßen an strukturelle Grenzen

Das Besondere im Allgemeinen

Kernfragen

Braucht das Besondere eine **eigene Pädagogik** oder gilt das allgemeine (berufs-)pädagogischer Lernarrangements?

Wie viel „**Spezial**“-**Kompetenzen** werden benötigt oder welche dieser Kompetenzen sind grundsätzlich für die berufliche Bildung interessant?

Wie viel Besonderes braucht das Allgemeine?

Was hat die Jugendberufshilfe einzubringen?

Beispielsweise

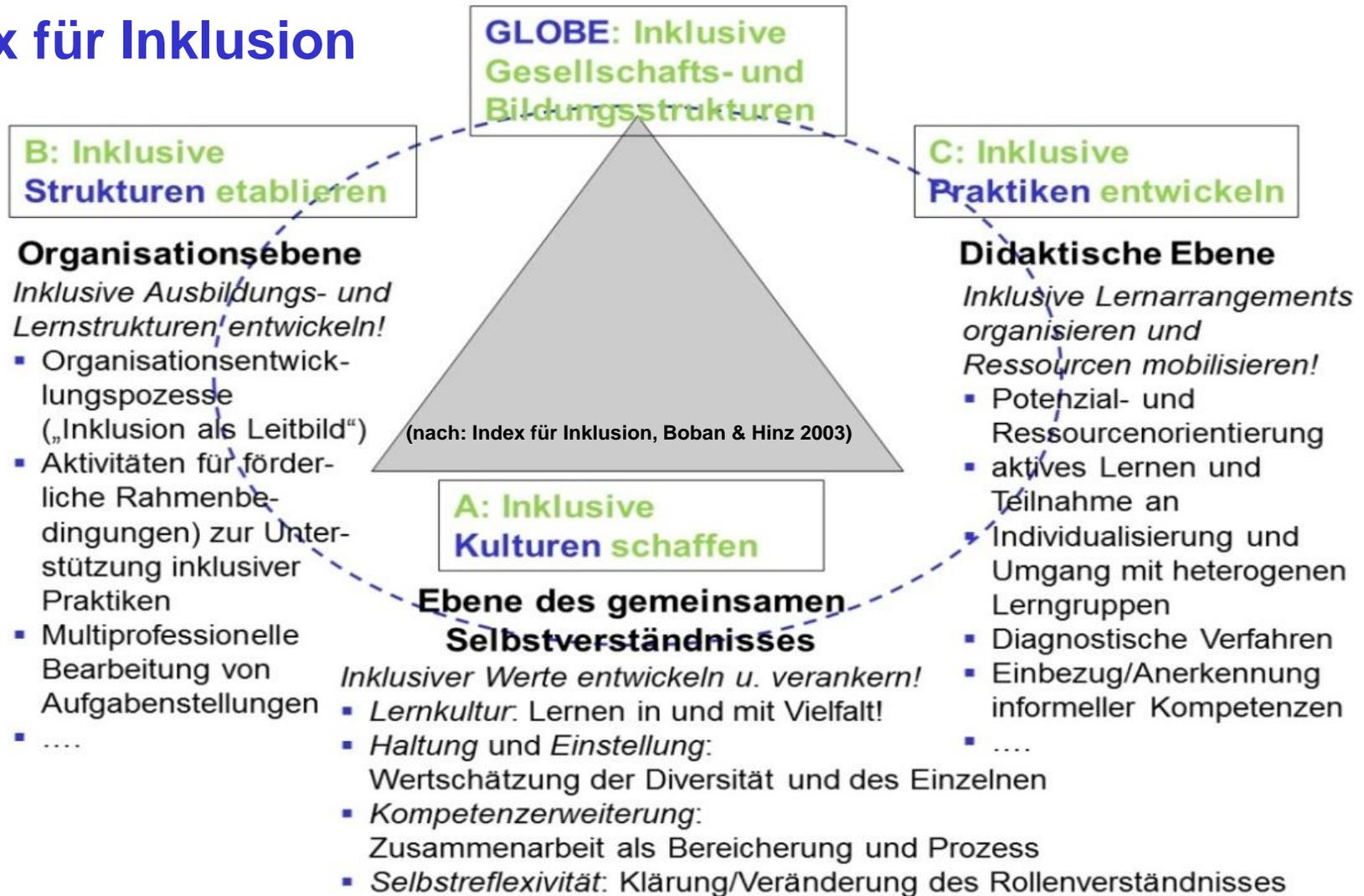
- (präventive) **Konzepte**
- sonder- und sozialpädagogische **Kompetenzen**
- **Handlungsansatz, Arbeitsweisen** und **Verfahren** der Sozialen Arbeit (bspw. Subjektorientierung, Netzwerkansatz)
- **Instrumente** (bspw. individuelle Förderplanung, Moderation, Mediation)
- **Unterstützungsleistungen** (bspw. Berufswegebegleitung, Kooperation mit Schule und Betrieb)

Die sozialpädagogischen Fachkräfte

- Sie verstehen sich als „Mittler“ im Übergangsgeschehen: **Netzwerk- und Beziehungsarbeit** betrachten sie als „Kern“ ihrer Rolle; ihr Handlungsansatz ist **subjekt- und ressourcenorientiert** ausgerichtet (Basis: **Empathie und Wertschätzung**).
- Klassische Methoden und Arbeitsweisen der Sozialen Arbeit stehen im Vordergrund; mit „**Instrumenten der Übergangsbegleitung**“ (bspw. Potenzialanalyse, individueller Förderplan, Berufswahlpass) bauen sie ihr professionelles Handeln aus.
- **(Übergangs-)Coaching** wird zur erweiterten sozialpädagogischen Aufgabe und stärkt im Rahmen eines regionalen und integrierten Handlungskonzeptes ihre Profilbildung.
- Sie erleben ein Spannungsfeld und müssen **Ausbalancieren zwischen dem Individuum und den gestellten Anforderungen**.
- Die Bewertung der eigenen **Arbeit ist ambivalent**: die große Zufriedenheit mit der Aufgabe und dem Tätigkeitsbereich steht häufig unzureichenden Rahmenbedingungen gegenüber.
- Wahrgenommen wird ein Übergangssystem, das durch **Stigmatisierung** gekennzeichnet ist: dies gilt für die Teilnehmer/-innen und genauso für die Fachkräfte, die dort tätig sind.

„Es ist schwierig, wir haben natürlich einen **offiziellen Auftrag, der heißt Vermittlung in Ausbildung**. [...] an den Zahlen wird unser Erfolg gemessen. Da ich weiß, dass wir die Zahlen, die gewünscht werden von politischer Seite, gar nicht erfüllen können, muss ich natürlich meine Zufriedenheit anders messen, sonst bin ich nur unzufrieden.“ (EI-F-SP-w-84).

Index für Inklusion



nach: BOBAN/HINZ 2003, aus: BUCHMANN/BYLINSKI 2013



**Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!**

Dr. Ursula Bylinski

Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB)

Arbeitsbereich 3.3

Qualität, Nachhaltigkeit, Durchlässigkeit

Telefon: 0228-107-2628

Email: bylinski@bibb.de

Literatur

- AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG: Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Bielefeld 2012
- BEICHT, U.; ULRICH, J.-G.: Welche Jugendlichen bleiben ohne Berufsausbildung? Analyse wichtiger Einflussfaktoren unter besonderer Berücksichtigung der Bildungsbiografie. BIBB Report Nr. 6 (2008). - URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2008_06.pdf
- BIERMANN, H.; BONZ, B.: Inklusive Berufsbildung. Didaktik beruflicher Teilhabe trotz Behinderung und Benachteiligung. Baltmannsweiler 2011
- BUCHMANN, U.; BYLINSKI, U.: Ausbildung und Professionalisierung von Fachkräften für eine inklusive Berufsbildung. In: DÖBERT, H.; WEISHAUPT, H. (Hrsg.): Inklusion professionell gestalten. Situationsanalyse und Handlungsempfehlungen. Münster u.a. 2013, S. 147-202
- BUNDESINSTITUT FÜR BERUFSBILDUNG: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2013. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn 2013. - URL: http://datenreport.bibb.de/media2013/BIBB_Datenreport_2013.pdf
- BYLINSKI, URSULA: Eine inklusive Berufsbildung braucht die Professionalität des Bildungspersonals In: berufsbildung, 143 (2013), S. 23-25
- BYLINSKI, U.; GRAF, A.; LÜDEMANN, S.: Anforderungen an die Professionalität des Bildungspersonals im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Abschlussbericht. Bonn 2013
- BYLINSKI, U.; RÜTZEL, J.: "Ausbildung für alle" braucht eine Pädagogik der Vielfalt. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis. BWP, 40 (2011) 2, S. 14-17

Literatur

- DEUTSCHE UNESCO-KOMMISSION E.V.: Inklusion: Leitlinien für die Bildungspolitik. Paris 2009. - URL: <http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bildung/InklusionLeitlinienBildungspolitik.pdf> (Stand: 07.11.2012)
- GERICKE N.; FLEMMING, S.: Menschen mit Behinderungen im Spiegel der Berufsbildungsstatistik. Grenzen und Möglichkeiten. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn, Mai 2013 - URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/ab21_dazubi_Kurzpapier_Menschen_mit_Behinderung_in_der_Berufsbildungsstatistik_201306.pdf (Stand: 01.07.2013)
- HAUPTAUSSCHUSS DES BUNDESINSTITUTS FÜR BERUFSBILDUNG: Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung. Handlungsvorschläge für die berufliche Qualifizierung benachteiligter junger Menschen. Bonn 2007. - URL: www.bibb.de/dokumente/pdf/empfehlung_124_handlungsvorschlaege_qualifizierung_benachteiligter.pdf (Stand: 22.08.2012)
- KRUSE, W.: Chancengleichheit und Benachteiligtenfokus im Übergangsmanagement. In: KRUSE, WILFRIED u.a. (Hrsg.): Jugend: Von der Schule in die Arbeitswelt. Bildungsmanagement als kommunale Aufgabe. Stuttgart 2010, S. 66-81
- NIEHAUS, M.; KAUL, TH.: Zugangswege junger Menschen mit Behinderungen in Ausbildung und Beruf. In: BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (Hrsg.): Berufsbildungsforschung. Band 14. Bonn/Berlin 2012 - URL: http://www.bmbf.de/pub/band_vierzehn_berufsbildungsforschung.pdf
- ULRICH, JOACHIM GERD (Hrsg.): Übergangsverläufe von Jugendlichen aus Risikogruppen. Aktuelle Ergebnisse aus der BA/BIBB-Bewerberbefragung 2010. 2011. In: bwp@Spezial 5 – hochschultage berufliche Bildung 2011, workshop 15 – URL: http://www.bwpat.de/ht2011/ws15/ulrich_ws15-ht2011.pdf
- SEYD, WOLFGANG; SCHULZ, KATRIN: Teilnehmer-Eingangsvoraussetzungen bei BVB-Maßnahmen mit Beginnstermin Herbst 2010, Ausbildungen mit Beginnstermin Herbst 2010 in Berufsbildungswerken. Hamburg, 2011 URL: <http://www.bagbbw.de/w/files/statistiken/2011-teilnehmereingangserhebung-bbw.pdf>